

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2020



Härtefallfonds Berlin

Cottbus – IM-Hauptstadt der DDR?

Unrechtsstaat oder nicht

Aktuell

- 3 Kranzniederlegung am Gedenkstein
Archivübergabe in Potsdam
Stasi-Unterlagen-Gesetz und Opferbeauftragter

Recht

- 4 Härtefallfonds Berlin
5 Verlängerung der Stiftung Anerkennung Hilfe
Aufforderung zu weiteren Anträgen

Aufarbeitung

- 6 Cottbus – Die IM-Hauptstadt der DDR?

Geschichte

- 8 Unrechtsstaat oder nicht?
9 70 Jahre Häftlingsaufstand im „Gelben Elend“

Berichte

- 10 Gedenkfeier in Tost/Oberschlesien
11 Für ein „deutsches Wunder der Einheit“
12 „Ist das Kunst oder kann das weg?“
(Tot)Schweigen ist keine Lösung
13 DDR-Opfer: Weitere Aufarbeitung

Verbände

- 14 Neue Forschungsergebnisse zu Arno Esch
Edeltraud-Eckert-CD
Suchanzeigen
15 Stellungnahme
Verdienstmedaille
Lessingpreis
Umgezogen
16 Erweiterung mit Fluchttunnel-Ausstellung
Abschied

Service/Bücher

- 17 Erzählungen aus dem Gulag
Die Mauer der Schuld
18 Totale Abschirmung
19 Lautlose Eroberung

Umschlagbild

„Zur Eingewöhnung: Einzelhaft!“ hieß eine Choreographie von Golde Grunske für vier Tänzer und einen Musiker, die am 8. Oktober 2020 auf dem Marktplatz von Bad Freienwalde gezeigt wurde. Das Stück beschäftigte sich mit den Zuständen im Durchgangsheim Bad Freienwalde. (s. auch S. 12)

Foto: Christian Sachse

Zum Jahresende

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
liebe Freunde,

das Jahr 2020 geht zu Ende und wir schauen zurück. Abgesehen von Corona haben wir gemeinsam einiges erreicht. Aber eben noch nicht alles.

Im Juni soll der Opferbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur und des Kommunismus in Berlin seine Arbeit aufnehmen. Wir wissen noch nicht, wer diese Person sein wird, aber wir haben große Erwartungen. Wir hoffen daß unsere Anliegen dann tatsächlich aufgenommen werden, um auf einigen Baustellen endlich zum Ende zu kommen.

Sehr unbefriedigend ist nach wie vor die Frage des Rentenüberleitungsgesetzes, daß Tausende von Flüchtlingen aus der DDR nachträglich wieder in den Status eines „DDR-Bürgers“ gebracht hat. Es ist nicht schlimm, DDR-Bürger zu sein, aber wer vor dem Fall der Mauer in den Westen

geflüchtet ist, konnte darauf vertrauen, daß seine Rentenanwartschaften, die bis dahin mitgeteilt wurden, auch Bestand haben. Statt dessen mußten viele Rentner feststellen, daß in ihren Rentenbescheiden Veränderungen zu ihren Ungunsten erfolgt waren, über die sie vorher nicht informiert worden sind.

Im Petitionsausschuß des Bundestages liegt die Petition von IEDF und UOKG und wartet auf Bearbeitung und Entscheidung. Ich kann nicht sagen, welche Empfehlung der Petitionsausschuß geben wird, aber falls er eine abschlägige Entscheidung trifft, werden wir gemeinsam mit der IEDF den neuen Opferbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur und des Kommunismus mit dieser Frage befassen.

Ich wünsche Ihnen für den Jahreswechsel vor allem, bleiben Sie gesund und haben Sie Vertrauen in die Zukunft.

Ihr Dieter Dombrowski



Ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes Neues Jahr wünscht allen Leserinnen und Lesern herzlich

die Redaktion

Kranzniederlegung am Gedenkstein Frauenzuchthaus in Hoheneck

(uokg) Für den 23. bis 25. Oktober hatte die UOKG einen Bundeskongreß politisch verfolgter Frauen in der DDR unter dem Titel „Nach 30 Jahren das Schweigen brechen“ geplant. Nach langer und reiflicher Überlegung wurde dieser Kongreß coronabedingt abgesagt.


Dennoch gab es am 23. Oktober eine Kranzniederlegung. Um 15 Uhr trafen sich Vertreter der UOKG, darunter der Bundesvorsitzende Dieter Dombrowski, des Forums für politisch inhaftierte und verfolgte Frauen, der Gedenkstätte

Frauenzuchthaus Hoheneck und der Stadt Stollberg, vertreten durch den Oberbürgermeister Marcel Schmidt, zur Kranzniederlegung.

Die UOKG hat diese Gedenkveranstaltung gefilmt und auf ihrer Homepage und ihrem Youtube-Kanal „UOKGNews“ zur Verfügung gestellt. Zudem hat der Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, Michael Kretschmer, eine Videobotschaft übermittelt, welche über „UOKGNews“ abrufbar ist.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG):

„Wir mußten schweren Herzens den Kongreß coronabedingt nun schon zum zweiten Mal verschieben. Viele Frauen hatten sich schon lange auf diese Veranstaltung gefreut. Mit der nun geplanten Gedenkveranstaltung wollen wir zum einen Präsenz zeigen und zum anderen an die betroffenen Frauen zumindest virtuell einige Worte richten. Wir hoffen, dann im nächsten Jahr alle zu sehen.“

Inzwischen steht der geplante Termin für das nächste Jahr fest: 6.–8. August 2021 

Archivübergabe in Potsdam


(stgl) Der Potsdamer Verein ARGUS übergab am 16. November seinen Archivbestand an die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße. Der Bestand soll weiterhin der Forschung zur Verfügung stehen. „Die Gedenkstätte Lindenstraße erinnert uns an die ersten Schritte in die Demokratie, die wir und zahlreiche andere Gruppen 1990 nach dunkler Vergangenheit in diesem neuen Haus der Demokratie gewagt haben“, so Vorstandsmitglied Saskia Hüneke. Sie hofft, daß viele weitere ehemalige Mitstreiterinnen und Mitstreiter ihre Unterlagen an die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße übergeben werden. ARGUS hat seit 2009 ein Archiv mit Un-

terlagen aus dem bürgerschaftlichen Engagement zur Stadtentwicklung und zum Umweltschutz in Potsdam sowie im Land Brandenburg aufgebaut.

Archivalien, Kopien und Digitalisate erfassen Aktivitäten seit den 1980er Jahren, insbesondere aus den Jahren 1989/90 und nach 1990. Dabei geht es sowohl um den Abriß-Stop in der Zweiten barocken Stadterweiterung und der Entwicklung der Potsdamer Mitte als auch um Fragen der Stadtökologie und um den Kampf gegen den Havelausbau.

Auch Unterlagen zur West-Umfahrung, zum Runden Tisch und zum Rat der

Volkskontrolle sind in dem Archivbestand enthalten. Die Unterlagen stammen von Vereinsmitgliedern sowie von Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern wie Gisela Rüdiger, Andreas Liste, Michael Heinroth, Albrecht Gülzow, Carsten Linke und Saskia Hüneke.

„Wir freuen uns sehr, daß der ARGUS-Bestand in das Archiv der Gedenkstätte Lindenstraße kommt. Dieser Bestand dokumentiert in besonderer Weise den Einsatz, das Engagement und die einzelnen Stationen der Demokratiebewegung in Potsdam,“ betonte Amélie zu Eulenburg, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße. 

Stasi-Unterlagen-Gesetz und SED-Opferbeauftragter

(uokg) Am 19. November 2020 hat der Bundestag den von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten (Drs. 19/23709) mit den Stimmen der einbringenden Parteien beschlossen. Die Linken haben sich enthalten. Die AfD stimmte dagegen.

Die Überführung der BStU in das Bundesarchiv war bereits vom Bundestag im September 2019 beschlossen worden. Mit den nun beschlossenen Gesetzen wird die Umsetzung geregelt. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) wird aber auch in Zukunft bestehen bleiben, die Zugänglichkeit der Akten für die Bürger und Bür-


gerinnen ist somit gesichert. Neben den notwendigen Änderungen benennt das StUG nunmehr alle Archivstandorte und Außenstellen direkt im Gesetz. Mit Cottbus kommt sogar eine neue Außenstelle hinzu. Zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben der BStU wird für alle Standorte ein Bildungskonzept entwickelt. Die Opferverbände werden auch im Transformationsprozeß durch einen Sitz im Beirat beteiligt.

Das beschlossene SED-Opferbeauftragtengesetz (OpferBG) wird zum 17. Juni 2021 in Kraft treten. Die zentrale Aufgabe des oder der Opferbeauftragten wird u.a. darin bestehen, für die Anliegen der Opfer der SED-Diktatur und der kommunistischen Herrschaft in der SBZ und in der DDR in Politik und Öffentlichkeit zu wirken und zur Würdigung der Opfer

des Kommunismus in Deutschland beizutragen.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG):

„Mit den heute beschlossenen Gesetzen wird deutlich, daß es die von manchen befürchtete Stilllegung nicht geben wird. Ganz im Gegenteil. Wir bedanken uns für die konstruktive Mitarbeit in diesem Prozeß und für die Unterstützung des Deutschen Bundestages.“

Dombrowski weiter: „Mit der Einsetzung einer oder eines Opferbeauftragten erfüllt sich eine langjährige Forderung der UOKG. Wir haben große Erwartungen in die Arbeit der oder des Opferbeauftragten. Wir setzen dabei voraus, daß es eine enge Zusammenarbeit mit den Opferverbänden und den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geben wird. Die oder der Opferbeauftragte soll Ansprechpartner für die Opfer des Kommunismus sein und zwischen Bund und Ländern koordinieren.“ 

Härtefallfonds Berlin

Für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte mit Wohnsitz im Land Berlin

Am 14. Januar 2020 hatte der Berliner Senat auf Vorlage der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, die Einrichtung eines Härtefallfonds für Berlinerinnen und Berliner beschlossen, die in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR politisch verfolgt worden sind. Durch den Härtefallfonds sollen Menschen unterstützt werden, die nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen rehabilitiert wurden und sich in einer Notsituation befinden. Denn auch 30 Jahre nach dem Mauerfall leben ehemals politisch Verfolgte teilweise unter schwierigen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedingungen.

Der Härtefallfonds soll die Betroffenen in besonderen Notsituationen unterstützen und dazu beitragen, bis heute andauernde Folgen politischer Unterdrückung zu mildern und die soziale Integration zu verbessern. Im Doppelhaushalt 2020/2021 wurden daher 100 000 € zur Verfügung gestellt, um Betroffene zu unterstützen. Seit Anfang November können entsprechende Anträge beim Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin (BAB) gestellt werden.

Die wichtigsten Informationen zum Härtefallfonds kurz zusammengefaßt:

Wer kann einen Antrag stellen?

Antragsberechtigt sind Menschen mit Wohnsitz in Berlin. Die Personen müssen einen Rehabilitierungsbescheid/einen Rehabilitierungsbeschluß vorweisen und sich in einer nachweislich wirtschaftlich bedürftigen Lage befinden.

Ausschlußkriterien

Zunächst ist festzuhalten, daß eine Unterstützung grundsätzlich nur gewährt werden kann, wenn andere Wege, an

die Leistung zu kommen, nicht bestehen, bzw. ausgeschöpft sind. Der Härtefallfonds soll bundesgesetzliche Regelungen und bestehende sozialrechtliche Versorgungssysteme ergänzen, sie jedoch nicht ersetzen. Wenn die beantragte Leistung also beispielsweise von einem Sozialversicherungs-, Sozialhilfeträger oder von einer Privatversicherung zu übernehmen wäre, so ist diese vorrangig in Anspruch zu nehmen. Ein Antrag ist grundsätzlich unzulässig, wenn die Person bereits eine Leistung aus einem Härtefallfonds für SBZ/DDR-Verfolgte erhalten hat (auch aus einem anderen Bundesland).

Unterstützung wird nicht gewährt, wenn der Antragsteller/die Antragstellerin gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer mißbraucht hat oder wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt wurde, sofern die Entscheidung in einer Auskunft aus dem Zentralregister enthalten ist. Hier gelten also die gleichen Maßstäbe wie im Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz.

Leistungsschwerpunkte?

Die Unterstützung soll möglichst nachhaltig sein. Nachhaltigkeit besteht bei Hilfen zur Selbsthilfe und Hilfen, die dauerhaft aus einer Problemlage herausführen. Wie schon ausgeführt ist Bedingung, daß die Kosten nicht von anderen Hilfesystemen getragen werden können.

- **Gesellschaftliche Integration**
Beispielsweise Unterstützungsleistungen für eine Aus- oder Fortbildung, insbesondere eine, die in der DDR aus politischen Gründen versagt wurde und die helfen kann, eine Wunde zu heilen.
- **Medizinische Hilfen**
Bspw. Therapien und Hilfsmittel, die zur Linderung von Gesundheitsschäden beitragen oder die Übernahme einer hohen Eigenbeteiligung (z.B. bei zahnärztlichen Maßnahmen).
- **Unterstützung bzgl. Wohn- und Lebensmöglichkeiten**
Es kann z.B. ein Umzug in eine behinderten- oder altersgerechte Woh-

nung unterstützt werden oder eine behindertengerechte Ausstattung des Wohnraums.

- **Technische Hilfen/ Kommunikationshilfen**
Darunter fallen z.B. finanzielle Hilfen für die Anschaffung oder Reparatur von technischen Geräten für die Unterstützung einer selbständigen Lebensführung oder zur Verbesserung der sozialen Teilhabe (Computer, Telefonie).
- **Unterstützung zur Verbesserung der Mobilität**
Beispielsweise können Mittel für die Anschaffung von Fahrrädern oder Rollstühlen bewilligt werden, um die Beweglichkeit und soziale Teilhabe zu gewährleisten.

Was wird nicht unterstützt?

Nicht gefördert werden laufende Ausgaben und Schuldleistungen.

Wie und wo ist ein Antrag zu stellen?

Die Betroffenen können sich zunächst telefonisch oder schriftlich an die Bürgerberatung des Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wenden. Die für den Härtefallfonds zuständige Sachbearbeiterin, Frau Laue, nimmt schriftliche und telefonische Anfragen entgegen.

Die Kontaktadresse lautet:

Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
Franz-Jacob-Straße 4 B
10369 Berlin
E-Mail:
yvonne.laue@aufarbeitung-berlin.de
Tel.: (030) 24 07 92 43

Was gibt es noch zu beachten?

Jede antragstellende Person soll in der Regel nur einmal eine Leistung aus dem Fonds erhalten. Die Leistungen aus dem Härtefallfonds erfolgen auf freiwilliger Basis. Ein Rechtsanspruch auf eine finanzielle Hilfe aus dem Härtefallfonds besteht nicht.

Ass. jur. Martina Kegel

Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(030) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr
Freitag 8.00–14.00 Uhr

Verlängerung der Stiftung Anerkennung und Hilfe

(bmas) Bund, Länder und Kirchen als Errichter der Stiftung Anerkennung und Hilfe haben sich am 22. Oktober in einer gemeinsamen Sitzung darauf verständigt, ihren Gremien zu empfehlen,

- die Anmeldefrist zum Erhalt von Stiftungsleistungen bis zum 30. Juni 2021 zu verlängern,
- die Bearbeitungszeit in den Anlauf- und Beratungsstellen bis zum 31. Dezember 2022 zu verlängern und
- das Stiftungsvermögen um rund 17,5 Mio. Euro aufzustocken.

Den Errichtern der Stiftung war es von Anfang an wichtig, möglichst alle Betroffenen zu erreichen. Sie haben daher die Anmeldefrist bereits um ein Jahr verlängert. Durch die Corona-Pandemie war der Zugang zu den Leistungen der Stiftung erheblich erschwert. Diese Nachteile gilt es durch die erneute Verlängerung der Anmeldefrist auszugleichen.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben für die im

Zentrum der Stiftungsarbeit stehenden Menschen zu sehr nachteiligen Auswirkungen geführt. Auch die Arbeit in den regionalen Anlauf- und Beratungsstellen der Stiftung wurde erheblich erschwert.


Durch die beabsichtigte Verlängerung der gemeinsamen Finanzierung der Anlauf- und Beratungsstellen soll sichergestellt werden, daß alle Anmeldungen, die innerhalb des verlängerten Anmeldezeitraumes erfolgen, geprüft und abschließend bearbeitet werden. Für eine Anmeldung genügt ein Anruf oder eine E-Mail.

Zudem soll das Stiftungsvermögen auf insgesamt 305 517 383 Euro erhöht werden, um die vereinbarten Ziele der Stiftung zu erreichen.

Die Stiftung Anerkennung und Hilfe erbringt Anerkennungs- und Unterstützungsleistungen an Betroffene, die zwischen 1949 und 1975 als Kinder oder Jugendliche in der Bundesrepublik

Deutschland bzw. im Zeitraum von 1949 bis 1990 in der ehemaligen DDR in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder stationären Einrichtungen der Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren haben und heute noch an den Folgen leiden. Um Stiftungsleistungen erhalten zu können, war es bisher erforderlich, daß Betroffene sich spätestens bis zum 31. Dezember 2020 an eine Anlauf- und Beratungsstelle wenden und sich dort für Leistungen anmelden.

Die Anlauf- und Beratungsstellen der Stiftung sind seit 2017 in allen 16 Bundesländern eingerichtet. Genauere Informationen zu den Anlauf- und Beratungsstellen und zur Stiftung Anerkennung und Hilfe bietet der barrierefreie Internetauftritt www.stiftung-erkennung-hilfe.de und das Infotelefon der Stiftung (0800 221 22 18).

Die UOKG hatte sich gegenüber den Errichtern der Stiftung für eine Verlängerung der Antragsfrist eingesetzt. 

Aufforderung zu weiteren Anträgen!

(pemc) Nach einem Aufruf der Plattform für das Gedenken und Gewissen Europas (PEMC) und der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) vor drei Jahren sind bereits acht- und vierzig ehemalige DDR-Bürger, welche bei ihrem Versuch, über den Eisernen Vorhang in der ehemaligen Tschechoslowakei in den Westen zu fliehen, umgebracht oder verhaftet wurden, von Gerichten der heutigen Tschechischen und Slowakischen Republiken rehabilitiert worden. Die Rehabilitierten haben Anspruch auf eine Entschädigung. Die Plattform und die UOKG rufen weitere Flüchtlinge auf, nicht nur aus der ehemaligen DDR, welche an den Grenzen der ehemaligen Tschechoslowakei zum Westen gefaßt wurden, eine entsprechende Rehabilitation zu beantragen. Der Weg ist frei!


Achtunddreißig der Rehabilitierten haben bereits eine finanzielle Entschädigung erhalten, die übrigen zehn Fälle sind in Bearbeitung. Gerichtsanhörungen zu weiteren vier Flüchtlingen sind geplant. Derzeit haben allerdings die Entschädigungen eher einen symbolischen Wert.

„Es freut uns, daß es uns gelungen ist, eine stabile Rehabilitierungspraxis bei den tschechischen und slowakischen Gerichten zu erreichen, und wir wollen weitere ehemalige Flüchtlinge ermuntern, ihren Antrag zu stellen. Es geht um die internationale Aufklärung über das totalitäre Unrecht auf der einen Seite und die Wiederherstellung der Menschenwürde der Opfer auf der anderen Seite“, sagte Dr. Neela Winkelmann, Managerin. Seit 2019 dokumentiert die PEMC weitere Fälle von Opfern des Eisernen Vorhangs (Tötungen, Verletzungen, Verhaftungen) in Zusammenarbeit mit dem Centrum Historii Zajeźdźnia in Wrocław.

Was die Entschädigungen betrifft, hat die Plattform die Justizminister der Tschechischen und der Slowakischen Republik angeschrieben, um deren entsprechende Valorisierung, die Anpassung an heutige Lebenshaltungskosten und Gehälter, zu erreichen. „Wir hoffen, daß sich die Lage in nächster Zukunft bessert“, sagte Peter Rendeck, geschäftsführender Direktor der Plattform. „Des Weiteren hätten wir gern eine fairere Entschädigung für Verletzungen und den Verlust von Menschenleben an den Grenzen. Wir finden, die

bisher geleisteten Entschädigungen sind nicht angemessen.“

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG: „Daß Tschechien und die Slowakei nach knapp 30 Jahren des Falls der Mauer begonnen haben, DDR-Flüchtlinge zu rehabilitieren, ist ein gutes, wenn auch sehr spätes Zeichen der Auseinandersetzung mit den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaften. Wir sind froh, mit der Plattform einen äußerst kompetenten Partner an unserer Seite zu haben.“

Wenn Sie für sich oder Ihre Nächsten eine Rehabilitation beantragen wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail an den Rechtsberater der Plattform, Herrn JUDr. Lubomír Müller, unter lmuller@iol.cz. 

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Cottbus – die IM-Hauptstadt der DDR?

Von Dr. Tomas Kittan

Der ehemalige Bezirk Cottbus war weder der bevölkerungsreichste noch der flächenmäßig größte der DDR und besaß auch nicht die meisten Kreise. Und doch führt die Region mit der gleichnamigen Bezirkshauptstadt eine suspektere Rangliste an. Keine Region hatte bis 1989 eine höhere Dichte an Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) der Staatssicherheit wie eben Cottbus. Auf 80 Einwohner kam ein IM. Zum Vergleich: Im wirtschaftlich wichtigen Chemiebezirk Halle war die Quote 1 zu 121. Eine andere Quelle gibt sogar nur 1 zu 161 an. Ein Phänomen, das nach dem Warum fragt. Bereits vor einem Jahrzehnt hatte ich mich im „Stacheldraht“ (Ausg. 5/2010) mit dem Thema im Zusammenhang mit meinen Recherchen zum Zuchthaus Cottbus befaßt.

Doch bevor ich eine erweiterte und vielschichtige Antwort versuche, zum aktuellen Anlaß des Themas: Die 32jährige Historikerin Dr. Konstanze Soch der BStU hat mit einem zwölfköpfigen Autorenteam gerade die A-4-Broschüre „Stasi in Brandenburg“ (170 Seiten, 5 Euro Schutzgebühr bei der BStU) herausgegeben. Und ausgerechnet im berühmten Zuchthaus Cottbus (heute Menschenrechtszentrum) wurde die Dokumentation über „Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam“ vorgestellt. Coronabedingt leider vor relativ wenigen Besuchern in der Gedenkstätte des Menschenrechtszentrums

Cottbus e.V., obwohl der Saal unter Einhaltung der Hygieneregeln voll war.

Das Interesse der Gäste an der Thematik ist offenbar groß. Der Frankfurter BStU-Außenstellenleiter Rüdiger Sielaff stellte in einer Einführung noch einmal klar: „Die Stasi war kein Staat im Staat DDR. Sie war Schild und Schwert der SED, ihr geheimdienstlicher Arm.“ Das kann man gar nicht oft genug wiederholen. Und so sind und bleiben die gewandelten bzw. gewendeten Linken ihre Nachfolger. Auch wenn man die neue Generation der heute 20- bis 45jährigen Genossen nicht für die Taten der DDR-Partei verantwortlich machen kann, befinden sie sich in einer unruhlichen Traditionslinie.

„Im Mittelpunkt der neuen Publikation stehen die regionalen Auswirkungen von politischen Ereignissen und die Reaktionen der Stasi entlang bedeutender historischer Ereignisse“, heißt es im Anspruch. „Biografische Fallbeispiele veranschaulichen dabei die Auswirkungen der politischen Repression auf einzelne Personen.“

Meine Meinung zum Buch: Informativ, kompakt, gut mit Fotos und Dokumenten belegt und flüssig lesbar. Persönlich gefallen mir die Übersichten der Strukturen, Viten der leitenden Personen und Fotos aller 40 früheren Kreisdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) im

heutigen Land Brandenburg am besten. So kompakt gab es das noch nicht. Am konkreten Beispiel das Wirken der Stasi zu belegen, ist immer ein anschauliches und emotionales Mittel zum Transportieren der zentralen Botschaften. Herzlichen Glückwunsch! Diese neue Übersicht gehört in den Schrank von jedem, der sich für die Thematik interessiert.

Zunächst ein paar Zahlen und Fakten, u.a. aus dem Buch: Insgesamt gab es vor dem Mauerfall mindestens 189000 verdeckte Informanten in der DDR bei 91000 Hauptamtlichen der Staatssicherheit. Eine andere Quelle spricht von 110000 (Ilko-Sascha Kowalczyk) Angestellten. Im Laufe seiner gesamten Existenz führte das MfS rund 624 000 Menschen als Inoffizielle Mitarbeiter.

Im Bezirk Cottbus gab es 2213 hauptamtliche MfS-Mitarbeiter und 10 546 IM. 5,1 Prozent davon waren „Inoffizielle Mitarbeiter mit Feindberührung“ (IMB). Das ist der zweithöchste Anteil aller Bezirksverwaltungen (BV) nach Karl-Marx-Stadt (1988: 8,3 %). Zum Vergleich: In Halle gab es 1,5 Prozent IMB.

In Bezug auf das heutige Land Brandenburg kamen in Frankfurt/Oder auf 2329 Angestellte rund 7000 IM. Im Bezirk Potsdam waren es 3926 hauptberufliche Mitarbeiter und 9287 Inoffizielle. Die hohe Zahl der Hauptamtlichen von Potsdam erklärt sich mit den rund 900 Männern und Frauen zur Bewachung der Berliner Mauer, die die Bezirke Frankfurt/Oder und Cottbus natürlich nicht berührte. Auch bei diesen Brandenburger Zahlenverhältnissen wird diese IM-Tendenz klar wie beim Verhältnis zur Bevölkerung. Potsdam hatte 2,4mal so viele IM wie Hauptamtliche und Frankfurt/Oder dreimal so viele. Cottbus kam auf 4,8mal so viele. Also das Doppelte des einstigen Bezirks Potsdam.

Das Stadtgebiet von Cottbus war flächendeckend mit „konspirativen Wohnungen“ (Treffpunkten) gefüllt. 780 solcher Stasi-Treffpunkte mit IM gab es in der früheren Bezirksstadt laut Straßenkarte F 78. Allein in der „Straße der Jugend“ hatte das MfS 35 geheime Treffpunkte.

Immerhin neun konspirative Wohnungen befanden sich in der Bautzener Straße mit dem berühmten Anlieger Strafvoll-



Im ehemaligen Kinosaal des Zuchthauses Cottbus diskutierten die Zuschauer die Rolle der Stasi in der Niederlausitz.

zugseinrichtung, bekanntlich das zentrale DDR-Gefängnis für Republikflüchtlinge und andere später freigekaufte Häftlinge. Über 5000 Männer wurden von hier aus gegen DM in den Westen abgeschoben. Auch in den anderen Straßen rund um die Haftanstalt konzentrierten sich die Stasi-Wohnungen.

Ist diese IM-Konzentration in Cottbus nur Zufall? Wohl kaum. Beim SED-Geheimdienst überließ man nie etwas dem Zufall. Ich muß beim Versuch einer Erklärung etwas ausholen: 1789 wurde im heutigen Lauchhammer das erste Kohleflöz der Region angebohrt. Braunkohlenförderung ist also keine Erfindung der DDR. Dennoch war die Lausitz bis in die 50er Jahre des letzten Jahrhunderts hinein eher landwirtschaftlich geprägt. Die spätere gigantische Nutzung der Braunkohle für die Verstromung ist also doch ein Produkt der Industrialisierung der DDR.

Damit wird schnell klar, wie enorm wichtig die Stromerzeugung gewesen ist. Denn ohne Strom ging nichts. „Wenn Cottbus hüstelt, erkrankt die ganze DDR“, wurde zu einem bezeichnenden Sprichwort. Dr. Helmut Müller-Enbergs von der BStU hatte das schon 2010 mit einem Satz zuge-spitzt: „Statistisch gesehen war Cottbus die Krisenregion in der DDR schlechthin.“ Im schneereichen Winter 1978/79 wurde die Bedeutung der Braunkohleindustrie am deutlichsten. Dazu kam das Gas mit dem wichtigen Gaskombinat Schwarze Pumpe. Das besaß sogar eine eigene MfS-Kreisdienststelle.

Durch die Braunkohle und Gasherstellung waren der Bezirk und vor allem die Bezirksstadt eines der größten Zuzugsgebiete der DDR. Während die DDR seit ihrer Gründung weit über zwei Millionen Menschen verlor, verdoppelte allein die Bezirksstadt Cottbus ihre Einwohnerzahl bis zum Mauerfall auf knapp 130 000. Plattenbau-Wohngebiete wie Sandow, Sachsendorf und Schmellwitz schossen aus dem Boden. Diese Menschenmassen wollte die Stasi unbedingt überwacht haben.

Auch ein weiterer Regionalbetrieb hatte große ökonomische Relevanz für die ganze DDR: Das Verkehrskombinat Cottbus war Hauptauftragnehmer Transport an der Erdgasstraße der damaligen Sowjetunion. Der dafür gegründete Kraftverkehr Erdgasleitungsbau Cottbus erhielt sein Personal aus der ganzen DDR und die Technik direkt vom Verkehrsministerium in Berlin. Außerdem hatte das Lausitzer Kombinat einen regen LKW-Verkehr mit

der alten Bundesrepublik. Die Stasi fuhr durch ihre IM praktisch mit, ist zu vermuten.

Auffällig ist auch eine hohe Konzentration der NVA-Luftstreitkräfte in und rund um Cottbus (u.a. Drewitz und Preschen). Bewußt im Osten, um nicht sofort bei NATO-Angriffen aus dem Westen zerstört werden zu können. Auch die direkte Grenze zu Polen kann Relevanz für die zunehmende IM-Konzentration in Cottbus gehabt haben. Denn der revolutionäre Geist der Solidarność schwappte ab 1980 auch in die DDR über, wurde von der SED unterdrückt und Sympathisanten überwacht.

Diese Gedanken stammen aus der Diskussion während der Vorstellung des Buches „Stasi in Brandenburg“. Ebenso der Hinweis auf die politischen Probleme durch die massenhaft für den Braunkohleteggebau devastierten Dörfer. Viele der 300 weggebagerten Dörfer mit rund 100 000 Menschen lagen im Bezirk Cottbus. Mit Hilfe von IM sollte jeder Widerstand im Keim erstickt werden. Und das gelang. Ein Horno, in dem sich die Bürger bis zum Anrücken des Baggers leidenschaftlich gewehrt hatten, hätte es in der DDR durch Stasi-Unterdrückung nicht geben können.

In meinen 15 Jahren Recherchen zum Zuchthaus Cottbus ist mir auch das aufgefallen. Die Stasi-Führung von Cottbus wirkte besonders dienstefrig, bemühte sich um Übererfüllung der IM-Pläne und legte eine große Repressions-Energie an den Tag. Harte Konflikte mit dem Mielke-Ministerium in Berlin, wie in anderen Bezirken, sind aus Cottbus kaum bekannt. An der Spitze von Stasi (erst Generalmajor Hans Ullmann, später Generalmajor Horst Fitzner) und SED-Bezirksleitung (Werner Walde) gab es hier eine personelle Kontinuität.

Übrigens, die Bevölkerung in Cottbus lebte relativ privilegiert, schielte oft nach Berlin (Umzug, Einkauf) und deshalb war die Rekrutierung von Inoffiziellen Mitarbeiter für die Stasi weniger schwierig als in den widerständigen Südbezirken. Im Herbst 1989 zeigte sich, daß der Umbruch in Cottbus erst mit Verzögerung einsetzte. Während Leipzig seit September 1989 jeden Montag marschierte, schlief Cottbus noch. Es besaß ein schwaches Protestpotential, obwohl sich auch hier vor allem christlicher Widerstand regte.

In der Niederlausitz begann die friedliche Revolution mit Verspätung. Die erste De-

monstration in der Bezirksstadt war am 30. Oktober 1989. „Außenseiter- und Stillhaltebezirk“ nennen es treffend Elena Demke und Peter Ulrich Weiß in ihrer Dokumentation für den Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Der erste Brandenburger Ministerpräsident Manfred Stolpe (1936–2019) hatte hier später seinen zuverlässigen Wahlkreis.

Auch das politische Zuchthaus kann man im Stasi-Zusammenhang sehen. Es ist kein Zufall, daß sich die SED-Führung trotz der 45 anderen Haftanstalten des Innenministeriums Ende der 60er Jahre für Cottbus als politisches Gefängnis entschied. Wenn

die Gefangenen aus ihren vergitterten Fenstern nachts die deutsche Nationalhymne, das Cottbus-Lied oder andere Protestsongs aus den roten Mauern in der Bautzener Straße sangen, dann lagen binnen kurzer Zeit die IM-Berichte von Anwohnern auf den Tischen am Nordrand der Stadt, wo die Stasi-Bezirksverwaltung seit 1966 in ihrem modernen Plattenbau residierte. Auch unter den Häftlingen, Mitarbeitern und Zivilangestellten des Zuchthauses selbst hatte das MfS im Laufe der Jahre etwa 100 IM.

All diese Gründe zusammen erklären das Phänomen der IM-Konzentration in der Niederlausitz zumindest teilweise. Aber vielleicht geraten eines Tages noch weitere Ursachen in den Focus. Denn Dokumente der BStU wurden dazu bisher nicht gefunden. Von den 1550 sichergestellten Säcken mit Stasi-Papierschnipseln aus den drei früheren märkischen Bezirken stammen allein 750 aus der Region Cottbus. Die lagern nun schon Jahrzehnte in Frankfurt bei der BStU-Außenstelle. Leider liegt die mehrfach groß angekündigte und begonnene Zusammensetzung der Schnipsel aus technischen und finanziellen Gründen auf Eis. Die Stasi-Aufarbeitung ist also auch 30 Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit noch nicht abgeschlossen. Wer Hinweise zur Thematik hat, kann gern am mich schreiben: tomas.kittan@bz.de



Dr. Konstanze Soch von der BStU stellte ihre Studie vor.

Unrechtsstaat oder nicht?

1968 – Volksentscheid über die Verfassung der DDR

Dresden, am Samstag, dem 5. April 1968. Mein Chef verabschiedete mich ins Wochenende mit den Worten: „Machen Sie das Kreuz ja an der richtigen Stelle.“

Am Tag darauf sollte das 16-Millionen-volk über eine neue Verfassung abstimmen. Die Stadt war mit Werbung für den Volksentscheid voll geklebt. Überall prangte ein großes JA. Ich wartete schon früh auf meinen Verlobten, der am anderen Ende Dresdens wohnte. Wir wollten den Sonntag im Elbsandsteingebirge verbringen und gar nicht abstimmen. Wer nicht kam, war Peter.

Gegen halb zehn klingelte es. Als ich öffnete, standen mir zwei ältere Männer in Zivil gegenüber, einer groß, der andere winzig, beide mit grimmigem Gesichtsausdruck. Ein Riesenschreck. Was war passiert?



Foto: BA 183-G0408-0032-001/Peter H. Junge

Ulbricht beim Unterzeichnen der neuen Verfassung am 8. April 1968.

Die beiden waren aber nur gekommen, um mich aufzufordern, zur Volksabstimmung zu gehen, das Wahllokal befand sich ganz am anderen Ende der Straße. Ich versprach es. Wenig später klingelte es erneut, es war Peter, er hatte sich auf dem Weg zu mir den Arm gebrochen und trug ihn provisorisch in einer Schiene.

Wir beschlossen, den sonnigen Tag bei mir zu verbringen. Gerade hatten wir es uns gemütlich gemacht, da läutete die Glocke erneut. Es waren dieselben Männer, die mich baten, nun doch endlich zur Wahl zu gehen. Ich vertröstete sie erneut.

Gegen 13 Uhr kamen sie zum dritten Mal. Mir kochte das Blut. „Ich kann aber schlecht hinlaufen, und mein Moped

springt nicht an.“ „Da helfen wir Ihnen, wir schieben Sie an“, tröstete mich der Kleinere. Ich schnappte meinen Ausweis, zog eine Jacke über und ging mit ihnen in den Hof, wo mein lindgrünes Schwälbchen stand.

Einer der Männer schob es auf die Reiseswitzer Straße hinaus, die mit abgewetzten Kopfsteinen gepflastert war. Das Moped, ein Zweitakter, hatte einen Chok-Hebel, den man beim Starten ziehen mußte, sonst sprang der Motor nicht an. Die beiden Männer hatten mir fast den halben Sonntag vermurxt, und ich sann auf Rache.

Ich ließ sie schieben und schieben, ohne den Hebel zu ziehen. Als sie das Schwälbchen endlich richtig in Fahrt gebracht hatten, zog ich den Chok und gab Vollgas. Beim kurzen Blick in den Rückspiegel sah ich nur eine riesige blaue Dunstwolke und die beiden Männer nie wieder.

Das Wahllokal war in einer langgestreckten Baracke untergebracht. Als ich es betrat, saßen dort weit auseinander fünf Wahlhelfer, kein Wähler war zu sehen. Ich reichte meinen Ausweis rüber, man gab mir ein DIN-A5-großes Stück dünnes Papier mit einem JA und einem NEIN am unteren Rand. Ganz einsam, am Ende des Raumes, stand eine Wahlkabine. Fünf Aufpasser, eine Wahlkabine und ich! Ich wußte, daß ich auf eine Liste kommen würde, wenn ich nicht gewählt hätte, ich wußte auch, daß die fünf meine Benutzung der Wahlkabine weitergeben würden.

Ich nahm den Abstimmungszettel und schritt zur scheinbar in der Unendlichkeit liegenden Kabine, fassungslos starteten mich zehn Augen an. In der Kabine stand ein Tisch, bedeckt mit einer schwarz-rot-goldenen Fahne aus grob gewebtem Stoff, darauf lag ein nadscharf angespitzter Bleistift mit der härtesten zur Verfügung stehenden Mine. Vorsichtig setzte ich ihn an, um das dünne Papier nicht zu durchlöchern und etwa eine ungültige Stimme zu fabrizieren. Mein zarter Versuch hinterließ aber keine Graphit-Spur auf dem Papier, beim nächsten brach die bis dahin offensichtlich unbenutzte Mine ab.

Ich machte mit dem abgebrochenen Stummel mein Kreuz bei NEIN. Mir war egal, was passieren würde. Das

Schlimmste, was man laut einem Zeitzeugen aus der am 22.10.2020 ausgestrahlten mdr-Dokumentation „Aktion Ungeziefer“ – Vertreibungen in der DDR‘ „einem Menschen antun kann“, das war mir am 3. Oktober 1961 passiert. Binnen sechs Stunden wurde meine Familie aus Dömitz/Elbe deportiert und 50 km weiter nordöstlich in ein Dorf in einem anderen Kreis verfrachtet.

Am 2. Oktober 2020, anlässlich 30 Jahre deutscher Einheit, las ich in der Berliner Zeitung einen Aufsatz von Egon Krenz: „Die Geschichte beider deutscher Staaten gehört auch auf den Prüfstand.“ Sein Bild vor Augen, mußte ich an den berühmten Satz von Christian Wulf über den Islam denken, den ein Karikaturist abgewandelt hat in „Spinat gehört nicht zu Deutschland“ und ihn einen kleinen Jungen mit einem Berg Spinat vor der Nase sagen läßt.

Mein letzter Staatsratsvorsitzender schreibt zu dieser Volksabstimmung 1968: „Die Verfassung wurde in einer etwa halbjährigen öffentlichen Diskussion von der Bevölkerung geprüft. Das führte zu 118 Änderungen, die sich auf 55 Artikel bezogen. Am 6. April 1968 billigten 94,5% der Wähler die Verfassung in einem Volksentscheid. Meines Wissens ist sie bis heute die einzige, die durch das Volk beschlossen und ohne es erneut zu befragen, 1990 auch abgeschafft wurde...“

In den Augen von Herrn Krenz hatte ich am 6. April 1968 den Beleg für eine freie, demokratische Abstimmung geliefert.

Artikel 8 der Verfassung von 1949 sicherte den Ostdeutschen – jedenfalls auf dem Papier – persönliche Freiheit, Unverletzbarkeit der Wohnung, Postgeheimnis, das Recht, sich an einem beliebigen Ort niederzulassen, Freiheiten, die nur die Staatsgewalt auf Grund der für alle Bürger geltenden Gesetze einschränken oder entziehen durfte. Dieser Passus wurde 1968 ersatzlos gestrichen. Und damit sollten 95,5% der Ostdeutschen einverstanden gewesen sein?

Aber das Ergebnis meiner Stimmabgabe in Dresden wäre sowieso egal gewesen. Die DDR hat sich nie an ihre eigene Verfassung gehalten, wenn es darum ging, den Machtanspruch der SED zu sichern: nicht bei der Abschaffung der Länderstrukturen und Bildung der Bezirke 1952, nicht bei politischen Strafurteilen, nicht bei der Tötung von Deutschen, die nur in den anderen deutschen Staat wollten,

nicht bei den vielen Vertreibungen innerhalb der DDR bis 1961: aus dem Uranerzbergbauggebiet, aus Oberhof, von der Ostsee und von der innerdeutschen Grenze, und oft auch in vielen anderen Rechtsbereichen nicht.

Die Volksabstimmung von 1968 ist überhaupt nur unter dem Druck des „Prager Frühlings“ zugelassen worden, ursprünglich sollte sie lediglich vom DDR-Scheiparlament, der Volkskammer, gebilligt werden. Und es war auch nicht die einzige Volksabstimmung in der DDR. In Teilen der Bundesrepublik und der DDR gab es 1951 schon mal eine über die damals von Konrad Adenauer und den Westmächten angestrebte und von heftigen Widerständen in Ost und West begleitete „Remilitarisierung Westdeutschlands“, was zum historischen Hintergrund der Zwangsaussiedlungen gehört.

Wie gefährlich es schon damals war, eine Wahlkabine zu benutzen, zeigt eine bis 1990 geheime SED-Akte aus dem Kreis Salzwedel. Dort hatte ein Mann in einem kleinen Dorf die Wahlkabine benutzt, das führte im Mai 1952 mit zur Ausweisung seiner ganzen Familie aus dem 5-km-Sperrgebiet: *„Genannter ist als Gegner der VP bekannt. In dem Dorf versucht er stets seinen Einfluß auf die Kleinbauern auszuüben und diese von sich abhängig zu machen. Bei der Volksbefragung stimmte fast die gesamte Gemeinde offen, während er geheim abstimmte.“*

Mittelbar hat das SED-Regime auch in das Scheidungsrecht eingegriffen: Auf den Listen der Zwangsaussiedelten standen alle Familienmitglieder. Eine davon war die belastete Person, meist

war es der Mann. Mir sind mehrere Fälle bekannt, in denen Ehefrauen, deren berufliche Tätigkeit im Grenzgebiet vermißt wurde, später die Scheidung nahegelegt und dadurch die anschließende Rücksiedlung in Aussicht gestellt wurde.

Das Gegenteil hat es auch gegeben: In Thüringen hat die SED-Führung wohl eine Ehescheidung verhindert. *Frau S. unterhielt zu dem 1. Kreissekretär des FDGB ein Verhältnis. Dadurch wurde das Eheleben dieses Gewerkschaftsfunktionärs völlig zerrüttet und von ihm Ehescheidung beantragt. Da das Verhältnis zu öffentlichem Mißfallen und zu sehr ernsten und negativen Diskussionen ... Anlaß gab, wurde Frau S. ausgesiedelt.*

In der DDR gab es nie ein Verwaltungsrecht, mit dessen Hilfe man sich z.B. gegen eine Deportation aus einem bestimmten Gebiet wehren konnte.

Egon Krenz nahm den 3. Oktober 2020 zum Anlaß für seinen Aufsatz. Für mich hat dieses Datum seit 1990 jedes Jahr eine doppelte Bedeutung. Die grenzenlose Freude über das Ende der SED-Diktatur und die Wiedervereinigung überdeckt gerade an diesem Tag nicht gänzlich die bis heute ungeschwächt anhaltende Trauer über den sinnlosen Verlust der Heimat (Aktion „Festigung“ am 3. Okt. 1961 mit mehr als 3000 Betroffenen) und das grenzenlose, bis heute nicht mit einer Entschädigung gewürdigte Leid, das fast 12 000 unschuldigen Menschen damit angetan wurde.

Krenz weist in seinem Beitrag zum 3. Oktober 2020 den Vorwurf zurück, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen – ein ewiger Streitpunkt unter Fachleuten und

Laien. Durch die Verfassung von 1968 wurde die Praxis der totalitären SED-Diktatur mit der ausdrücklichen Verankerung des Führungsanspruchs der SED abge-



Unterschrift und Siegel unter der neuen Verfassung.

sichert. „Die Partei, die Partei, die hat immer recht“ – das lernten schon kleine Kinder in der Schule. Das muß man nicht weiter kommentieren.

Inge Bennewitz

(Die kursiv gedruckten Zitate stammen aus „Inge Bennewitz und Rainer Potratz: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, Analysen und Dokumente“, 4. Auflage 2012, Ch. Links.)

70 Jahre Häftlingsaufstand im „Gelben Elend“


(lbsa)Die vom Bautzen-Komitee organisierte Gedenkveranstaltung zur Würdigung der mutigen Männer, die vor 70 Jahren den Häftlingsaufstand im Bautzner „Gelben Elend“ wagten, muß leider abermals verschoben werden. Das ursprünglich zum Jubiläum im März geplante, zentrale Gedenken sollte am Volkstrauertag nachgeholt werden.

Am 31. März 1950 war ein großer Teil der circa 6000 politisch Gefangenen der Haftanstalt Bautzen in einen in der DDR beispiellosen Hungerstreik getreten. Die verzweifelten Häftlinge, die ohnehin an

Unterernährung, Kälte und Krankheiten litten, wollten auf die katastrophalen Haftbedingungen im ehemaligen Speziallager Bautzen aufmerksam machen. Erst einen Monat zuvor hatte die sowjetische Geheimpolizei das Gefängnis an die DDR übergeben. Doch anstelle der erhofften Haft erleichterungen durch die Übernahme von Landsleuten hatten sich die Zustände drastisch verschlechtert.

Der Bautzner Häftlingsaufstand in der noch jungen DDR wurde von der bewaffneten Volkspolizei brutal niedergeschlagen. Der größte Aufstand dieser Art war auch zu-

gleich der öffentlichkeitswirksamste. Die Häftlinge hatten zwei Briefe verfaßt, die aus der Anstalt geschmuggelt und an das Ost-Büro der SPD in West-Berlin weitergeleitet werden konnten. Einer der Briefe wurde im Hamburger Echo veröffentlicht, der zweite von Herbert Wehner auf dem SPD-Parteitag in Hamburg verlesen.

Die mutigen Männer, die viel riskierten, hatten gemeinsam und solidarisch das Gewissen der Welt aufgerüttelt und die Politik aufgerufen, nicht untätig den Verbrechen des von Moskau eingesetzten Regimes zuzuschauen. 

Gedenkfeier in Tost/Oberschlesien

75 Jahre Ende II. Weltkrieg – 75 Jahre Beginn NKWD-Lager

Die ursprünglich für Mai 2020 geplante gemeinsame Gedenkfeier mit der deutschen Minderheit von Tost/Toszek – storniert wegen Corona – wurde vom 25. bis 27. September 2020 nachgeholt.

25.9. – Start in Dresden mit einer hochmotivierten „Jetzt-erst-recht-Truppe“ von 32 Personen. Die Vorsitzende des Deutschen Freundschafts-Kreises (DKF), Dorothea Matheja, und das TV-Team vom MDR erwarteten uns an der Gedenkstätte. Wegen Dauerregens nur ein kurzer Aufenthalt, um mitgebrachte Blumen und Gestecke abzuliegen, weiter zum ehemaligen Gefängnis. Dort schilderte ich den Mitgereisten und Bürgermeister Dr. Gregorz Kupszyk das furchtbare Leben und Sterben der Gefangenen während der sieben Monate des Bestehens des NKWD-Lagers 1945, wie es mir Überlebende berichtet hatten. Wir versammelten uns dazu in der Hauskapelle, wo während der Auflösung des Lagers im November 1945 500 bis 600 Häftlinge auf dem Boden nächtigen mußten.

Nach dem schlesischen Mittagessen mit dem DFK und deren Gästen erlebten wir in der schönen Barbarakapelle eine zweisprachige ökumenische Andacht, beglei-

tet vom Jugendchor, geleitet von Karina Kupszyk. Anschließend prozessierten wir über den Friedhof u.a. auch an die Stelle, wo 40 Häftlinge begraben wurden, die nach Entlassung sofort zusammenbrachen und so in christlicher Erde eine Ruhestätte bekamen statt im Massengrab. Auf dem Friedhof spielte während der Prozession die tapfere Blaskapelle im Dauerregen. Hin und wieder kippte der Tubist seine Tuba aus. Zuletzt spielte die Kapelle wie immer für uns das Erzgebirge-Lied: „S’is Feieromd“.

Der 26.9. galt einer Rundfahrt zu drei Soldatenfriedhöfen sowie zur Gedenkstätte des ehemaligen polnischen Lagers ZGODA – das nach Kriegsende in einem früheren KZ eingerichtet wurde. Der Lagerleiter – Samuel Morel – ein Sadist – spornte die Wachmannschaften zu unmenschlichen Grausamkeiten an, auch er quälte Gefangene zu Tode. (Nachzulesen z.B. in „Zgoda. Ein Ort des Schreckens“ von Gerhard Gruschka, „Auge um Auge“ von John Sack, einem US-Kriegsreporter, oder „Die Rache der Opfer“ von Helga Hirsch) Morel flüchtete 1992 nach Israel, wurde nicht nach Polen ausgeliefert. Er starb 2007, unbehelligt.

Eindrucksvoll war das „Dokumentationszentrum der Deportation von Oberschlesien nach Sibirien“ in einem Bahnhof von Radzionkau/Radzionków, von dem im Winter 1945 unzählige Zivilisten – Jugendliche bis Alte – deportiert wurden. Der Nachbau eines Eisenbahnwaggon sollte uns die Transportmethoden vermitteln, die die Häftlinge wochenlang ertragen mußten. Eingesperrt im dunklen Waggon vernahm man bollernde Fahrgeräusche, keine Fenster, nur Sehschlitze, die rumpelnden Fahrbewegungen spürte man noch länger unter den Füßen. Jedoch Kälte, Hunger, Angst, übler Gestank, das Röcheln Sterbender waren nicht simulierbar. Dr. Knut Abraham aus Warschau und Dr. Jens Baumann aus Dresden begleiteten uns.

Abends erlebten wir in der Eichendorff-Burg von Tost eine Podiumsdiskussion zum Thema „Erinnerungskultur heute und morgen“. Diskutanten waren: Dr. Knut Abraham, Gesandter an der Deutschen Botschaft, Warschau, Prof. Dr. Józef Musielok, vormals Leiter des Bürgerkomitees Tost und vormaliger Dekan der Universität Oppeln, Janusz Marszałek, Präsident der

Polnischen Senioren Union und ehemaliger Stadtpräsident von Oświęcim (Auschwitz), Dr. Jens Baumann, Sächsisches Innenministerium, und Dr. Dariusz Węgrzyn, Historiker am Institut für Nationales Gedenken IPN, Kattowitz.

Ein lebhafter Austausch mit dem Publikum entstand, ob wirklich alle Menschen den Einmarsch und die Besetzung der Roten Armee als Befreiung erleben konnten, und welche Lehren aus der Geschichte zu ziehen sind.

Am 27.9., nach zweiter kurzer Nacht im NOVOTEL in Kattowitz fuhren wir nach Auschwitz-Birkenau, wo uns Janusz Marszałek mit einer deutschsprachigen Führerin erwartete. Wir unternahmen einen interessanten zweistündigen Rundgang durch das Gelände. Wir, jedenfalls die meisten, kannten Auschwitz nur von Bildern und Filmen, waren erschüttert über das Ausmaß des Geländes, einige primitive Wohnbaracken existierten noch, unsere beiden Guides berichteten. Janusz Marszałek äußerte bereits 2019 in Tost in einer versöhnenden Rede: „Alle Menschen waren Opfer“ – dies wiederholte er hier in Birkenau beim Rundgang.

Ein Teilnehmer schrieb mir: „Das Fazit der Reise an so viele verschiedene Stellen des Unrechts kann nur sein: ‚Jedem entgegen treten, der, egal aus welchem Grund, Menschen in ihrem humanitären Recht verletzt.‘ Sie und auch die anderen Organisatoren sind Vorbilder und ganz wichtige Mitbürger, damit es nicht vergessen wird. Mit unseren Fahrten beweisen wir, daß es möglich ist, trotz der grausamsten Verbrechen mit verschiedensten politischen und ideologischen Motivationen, daß die Menschen lernen können, sich wieder zu versöhnen. Lernen, respektvoll miteinander umzugehen.“

Großen Dank an den DFK Tost für die Organisation und Unterstützung vor Ort, an den Sächsischen Landesbeauftragten und an das Sächsische Innenministerium für finanzielle Förderung, die diese besondere geschichtsträchtige Gedenkveranstaltung erschwinglich machte.

Drei Tage waren wir unterwegs, drei Tage volles Programm, fast 1300 Kilometer gefahren, angefüllt mit Eindrücken und Geschichten, darum auch Respekt und Dank an alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die mitgekommen sind. – Am 27.9. berichtete der MDR im „Sachsenspiegel“ über die Veranstaltung.

Sybille Krägel



Im Dauerregen an der Gedenkstätte.



Am Torhaus der Gedenkstätte Auschwitz.

Für ein „deutsches Wunder der Einheit“

25 Jahre Einsatz für Rechtsstaat, Recht und Eigentum

Die Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum beging am 26. September 2020 mit einem Festakt ihr 25jähriges Bestehen, und sie stellt sich weiter ihren Zukunftsaufgaben.

Am Wochenende vor den offiziellen Feiern zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung trafen sich Mitglieder und Mitstreiter der Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE), die der ARE-Zusammenschluß als ein Zentrum der Betroffenen und Verfolgten der SED-Diktatur mit einem besonders anspruchsvollen Rahmen organisiert hatte. Das Veranstaltungszentrum auf dem Landgut Stober in Groß Behnitz bei Nauen, dem früheren Anwesen der Industriellenfamilie Borsig, stand am 26. September im Zeichen des ARE-Jubiläums zum 25jährigen Bestehen.

Als fünf Jahre nach der glücklichen und friedlichen Vereinigung Deutschlands feststand, daß wesentliche Erwartungen mit dem Einheitsvertrag nicht erfüllt wurden und nicht erfüllt werden sollten und die Vereinigung sogar in eine kritische Phase eintrat, da war dies die Stunde, in der die ARE auf den Plan trat. Auf dem Programm standen:

Rechtsstaatlichkeit, Wiedergutmachung, Schadensbegrenzung, Rückkehr des Mittelstandes, Rechtsangleichung West-Ost und Aufbau Ost mit dem Schwung und dem Idealismus Abertausender Rückkehrer, die in der SBZ/DDR enteignet, verfolgt und vertrieben worden waren. Es sollte darum gehen, schnell ein „deutsches Wunder der Einheit“ zu gestalten, wie dies nach dem 2. Weltkrieg in der alten Bundesrepublik in wenigen Jahren vorbildhaft wirklich geworden war.

In wenigen Jahren wurde die ARE-Zusammenschluß der Verfolgten, Geschädigten und vieler Menschen, die für den Rechtsstaat brennen. Sie wurde zu einem Kraftzentrum und Hoffungsanker auch für viele Enttäuschte, die zu den Fehlern und dem Fehlverhalten in Politik und Justiz ein Gegengewicht bilden wollten. So wurde die ARE für viele Neu-Bundesbürger zur Quelle, die eine Schadensbegrenzung und das Beseitigen der Defizite aus dem Einigungsvertrag erreichen wollten. Hierfür zu kämpfen, wurde zum lohnenden Ziel.

Mit vielen Rückschlägen, aber auch mit manchen hart erkämpften Erfolgen hat sich seit 1995 die ARE ihren Platz als eine Allianz für den Rechtsstaat und die Zukunftsgestaltung in Deutschland ihren Platz gesichert.

Um in der Öffentlichkeit möglichst mit einer kraftvollen Stimme wirken zu können, wurde auch eine Zusammenarbeit mit der UOKG vereinbart und ein gemeinsames Vorgehen in die Tat umgesetzt. Gemeinsame Vorhaben wurden umgesetzt. Ausdruck dieser Kooperation ist, daß der langjährige UOKG-Bundesvorsitzende, Rainer Wagner, heute dem ARE-Bundesvorstand angehört.

Vor diesem Hintergrund zog die ARE, seit 22 Jahren von Manfred Graf v. Schwerin als Bundesvorsitzendem geführt, am 26. September ihre Zwischenbilanz.

In drei Beiträgen und Übersichten wurde ein konzentrierter Überblick gegeben, bei dem Schatten und Licht im Einsatz für Recht und Eigentum deutlich gemacht wurde. Erfolge waren zu würdigen, Niederlagen wurden analysiert und als Auftrag für die Zukunft dargestellt.

In einer ansprechend aufgemachten 90seitigen Festschrift haben 18 Autoren, darunter namhafte Rechtswissenschaftler und Rechtsanwender, Historiker, Wissenschaftler und Politiker, aber auch von Unrecht und Verfolgung betroffene Familien die verschiedenen Bereiche der Defizite nach der Wiedervereinigung herausgestellt und dringenden Handlungsbedarf angemahnt.

In der Feier, von einem musikalischen Kammermusik-Trio aus Vorpommern umrahmt, wurde verdeutlicht, wie der Einsatz für die Freiheit und deren Bedeutung für menschliches Glück in einer freiheitlichen Eigentumsordnung, eingebettet in das Primat des Rechtsstaates, zum Kern der ARE-Philosophie gehört.

Die vielfach nur schleppende Aufarbeitung und das Fehlverhalten von Politik und Justiz wurden sachlich-konstruktiv und zugleich engagiert dargestellt, die verbleibenden umfangreichen Aufgaben in den verschiedenen Bereichen klar benannt. Es war somit ein Rückblick mit Zukunftsansage.

Der weiter wirkende Nachhall des Jubiläumskongresses hat es bestätigt: Hier ist eine professionelle und kompetente Organisation dabei, die Defizite aus dem Einigungsvertrag und die der letzten 30 Jahre nicht aus den Augen zu verlieren. Es geht darum, konsequent und entschlossen weiter daran mitzuwirken, die Gestaltung der inneren und der wirt-



Foto: ARE

(v.r.) Manfred Graf von Schwerin, ARE-Vorsitzender, Dr. Thorsten Purps, Anwalt, und Friedhelm Zapf, ehemaliger Landrat von Straußberg.

schaftlichen Einheit auf rechtsstaatliche Weise umzusetzen. Mit der erforderlichen und zu verstärkenden Unterstützung der Öffentlichkeit wurden Maßstäbe gesetzt, die für den Rechtsstaat der Zukunft von großer Bedeutung sind.

Somit mündete der Festakt, nach den Rückblicken auf 25 Jahre mühsame Arbeit und optimalen Einsatz, in einer echten Aufbruchstimmung. Von diesem 26. September gehen neue Initiativen aus: alle Kraft für Rechtsstaat, Recht und Eigentum.

Die deutsche Politik und mit ihr die Justiz soll sich auf einiges gefaßt machen!

Ernst-O. Schönemann

Weitere Informationen:

Homepages der ARE, der FRE und die persönliche Homepage des Bundesvorsitzenden:

www.are-org.de

www.freiheitsforschung.de

www.manfredgrafschwerin.de

„Ist das Kunst oder kann das weg?“

Zentrales Denkmal des Landes M-V zum Beginn der Friedlichen Revolution löst überwiegend Unmut aus

Am 16. Oktober 2020 wurde das zentrale Denkmal des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Erinnerung an den Beginn der Friedlichen Revolution in den ehemaligen drei Nordbezirken in Waren an der Müritz in Anwesenheit der Ministerpräsi-

Stelen eine friedliche Demonstration mit Transparenten assoziieren, äußerte der Chef der Wettbewerbs-Jury, Mausbach, im Herbst 2019 zum Entwurf des Stuttgarter Künstlerduos. „Im Blick nach oben zum freien Himmel erscheinen die Parolen



Demonstrationszug oder Gefängnisgitter?



Ohne Sonne kein Schattenwurf.

dentin Manuela Schwesig eingeweiht. In der Stadt demonstrierten am 16.10.1989 ca. 400 Bürger mit einem Marsch öffentlich gegen die SED-Diktatur. Der Protestzug begann damals vor dem Eingang der St.-Georgen-Kirche, dem heutigen Standort des Denkmals.

Das Denkmal hat seit seiner Einweihung hauptsächlich negatives Feedback von den Einheimischen erfahren. Verständlich allemal, kommt doch die Installation der Stuttgarter Künstler Dagmar Korintenberg und Wolf Kippe allzu abstrakt und unästhetisch daher. Viele lange, dünne, weiße Stäbe ragen in den Himmel vor der Kirche, teilweise sind sie mit Metallplatten miteinander verbunden.

Die begehbare Installation aus Stelen und Tafeln mit Losungen der Friedlichen Revolution würde mit der großen Zahl der

der Friedlichen Revolution in ausgestanzter Schrift auf rechteckigen Tafeln. Sonnenlicht läßt Schatten spielen und Schrift spiegelt sich auf dem Boden“, so Mausbach damals weiter.

Daß diese Spiegelung bei schlechtem Wetter nicht funktioniert, ist scheinbar niemandem während des Auswahl- und Planungsverfahrens aufgefallen. Und so wünschte selbst die Ministerpräsidentin in ihrer Rede der Installation möglichst viel Sonne, auf das viele Menschen die Parolen am Boden lesen könnten. Bei schlechtem Wetter, wenn der Besucher die Parolen beim Blick nach oben auf den Tafeln lesen muß, ist das Denkmal eher Ärgernis denn Kunstgenuß.

Die ausgefrästen Parolen in den Tafeln lassen sich nämlich schwer entziffern, weil sie ja für den Schattenwurf falsch he-

rum für einen Leser, der unter ihnen steht, angebracht sind. Um in der Installation eine Demonstranten-Gruppe zu erkennen, bedarf es entweder sehr viel Phantasie oder gezielter Recherche danach, was denn das Kunstwerk ausdrücken soll.

Die Epoch Times titelte für ihren Bericht über die Einweihung, „Anwohner kritisieren Wende-Denkmal als ‚Schandfleck‘“. In den Kommentar-Spalten anderer Medien, z.B. der NDR-Berichterstattung im

Netz, wird der Unmut auch sehr deutlich. „Sieht aus, wie ein Lagerregal. Ist das Kunst oder kann das weg?“, „Das Denkmal soll an die Menschen erinnern, die Freiheit und Demokratie forderten, aber die Stäbe erinnern eher an Gitterstäbe eines Gefängnisses – unpassend, aus meiner Sicht.“ oder „Ich verrenke mir nicht den Hals beim Anschauen. Ich beachte es gar nicht“, wurde dort u. a. geschrieben.

So verkehrt sich der eigentlich gute Ansatz des Landes Mecklenburg-Vorpommern, an die Friedliche Revolution an ihrem Ursprungsort zu erinnern, in Unverständnis, Unwillen und wieder mal in ein „Die da oben und wir hier unten“. Das ist gerade im denkmalgegenständlichen Zusammenhang fatal.

Jörg Plath

(Tot)Schweigen ist keine Lösung

Am 8. Oktober dieses Jahres wurde in Bad Freienwalde/Märkisch-Oderland auf dem Vorplatz der Stadtpfarrkirche St. Nikolai eine Choreographie mit dem Titel „Zur Eingewöhnung: EINZELHAFT!“ (Die Zustände im Durchgangsheim Bad Freienwalde 1968–1987 betreffend) dargeboten. Gegenüber vom Kindergefängnis befand sich damals, wie auch noch heute,

das Amtsgericht Bad Freienwalde, welches Ironie des Schicksals.

Unter der Leitung von Golde Grunske, untermalt mit Musik und Komposition von Konrad Jende, gewährten Juliane Bauer, Denise Noack, Konstantinos Spyron und Christoph Viol einen kleinen Einblick in das einstige Dasein (wir können es

nicht Leben nennen) hinter den Mauern und Gittern des Kindergefängnisses Bad Freienwalde – die verharmlosende amtliche Bezeichnung lautet Durchgangsheim. Mit stiller Mimik und Gestik, unterlegt mit gezielt eingesetzten Klängen, den grausamen Alltag im Kindergefängnis Bad Freienwalde so darzustellen, das nennen wir Hohe Kunst.

Anfangen von entwürdigender Kleidungsausgabe (man mußte sich vor den

Blicken aller völlig entkleiden), Gewaltanwendungen – auch untereinander, Selbstverletzungen bis hin zu Suizidversuchen, Zwangssport bis zur völligen Erschöpfung, Fluchtversuchen, den stummen Schreien nach Freiheit und vieles mehr – die gesamte Choreographie war sehr gelungen.

Zwischendurch erklang um 12.30 Uhr die Kirchturmuhre. Was für ein Zufall! Oder was für ein Zeichen? Der Höhepunkt dieser grandiosen Aufführung jedoch war das Summen des Liedes: „Am Tag, als Conny Kramer starb“. Es gab mehrere bisher ungelöste Todesfälle von Kindern in diesem Kindergefängnis.

Was bedarf es der Worte mehr? Man muß kein Kunstkenner sein, um dieses Gänsehautgefühl, diesen Kloß im Hals und feuchte Augen zu bekommen.

Eine Anmerkung sei uns noch gestattet: An diesem Donnerstag war auch Markt-

tag, nur wenige Meter neben dem Auführungsort und in Sichtweite. Das Wetter war gut, Passanten kauften ein, aber fast niemand interessierte sich für die Aufführung oder suchte das Gespräch mit uns. Im Gegenteil, man betitelt uns nach wie vor als Lügner und wir spüren noch immer diesen eiskalten Hauch der Verachtung, des Hasses.

Um so mehr freut es uns immer wieder, treue Begleiter und Unterstützer an unserer Seite zu haben. Wir, der Verein „Kindergefängnis Bad Freienwalde n.e.V.“ bedanken uns ganz herzlich bei den Förderern der Bundesstiftung Aufarbeitung und bei Frau Susanne Kschenka von der LakD, welche gekonnt durch die Aufführung moderierte.

Wir danken dem Historiker Dr. Christian Sachse, der Rechtsanwältin und parteilosen Stadtverordneten Katja Göcke und ihrer Begleiterin Ilka Krüger als Touris-



Entwürdigende Kleidungs Ausgabe.

muschefin, welche sich trotz ihrer vielen Arbeit Zeit für uns nahmen.

Danke, Ihr alle habt uns einen unvergeßlichen Tag mit wunderbaren Menschen ermöglicht.

Karin Schließer

DDR-Opfer: Weitere Aufarbeitung

(hb) „Der Zugang zu den Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR wird auch zukünftig sichergestellt“, war die Kernaussage des Bundesbeauftragten Roland Jahn. Der scheidende Chef der Stasiunterlagenbehörde verabschiedete sich von SED- und Stasiopfern aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt auf einer Veranstaltung in Räumlichkeiten des Niedersächsischen Landtages.

Nach einem jahrelangen Diskussions- und Abstimmungsprozeß kommen die Stasiunterlagen jetzt unter das Dach des Bundesarchivs. Dabei bleiben die Akten nach Aussage von Roland Jahn an ihren bisherigen Standorten in den östlichen Bundesländern. Der ehemalige Bürgerrechtler versicherte, daß es dabei eine Fülle von Vorteilen für die Opfer der SED-Diktatur gebe. Der Prozeß der weiteren Aufarbeitung der SED-Diktatur könne durch die Vernetzung verschiedener Quellen neuen Schwung gewinnen.

Wegen der Coronapandemie stand die Abschiedsveranstaltung von Roland Jahn unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen. Die Veranstaltung über die Zukunft der 108 Kilometer Stasiunterlagen mußte mehrfach verschoben werden. Mit großen Sicherheitsvorkehrungen, wie Nase-Mund-Masken und ausreichendem Abstand, trafen sich ca. 50 SED-Opfer

aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt im Georg-von-Coelln-Haus in Hannover. Der historische Raum einer ehemaligen Eisenwarenhandlung diente während der Umbauarbeiten des Landtagsgebäudes als Ersatzplenarsaal.

Das Niedersächsische Netzwerk für SED- und Stasiopfer setzt sich mit seinem Sprecher, dem ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Hartmut Büttner, seit vielen Jahren mit großer Nachhaltigkeit für eine Verbesserung der Lage der Opfer der DDR-Diktatur ein.

Das Niedersächsische Opfernnetzwerk begleitet zudem bereits seit vielen Jahren die Debatte mit eigenen Lösungsvorschlägen. „Der Zugang zum Stasi-Aktenbestand für die Betroffenen muß auch weiterhin nach den Bedingungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gewährleistet sein“, betonte Hartmut Büttner.

Gekommen waren zahlreiche prominente Ehrengäste aus den Reihen des Niedersächsischen Landtages. Eingeladen waren der FDP-Landesvorsitzende Dr. Stefan Birkner, der neue CDU-Generalsekretär Sebastian Lechner, Dr. Silke Lesemann als ehemalige Vorsitzende der Enquete-Kommission zu Aufarbeitung der Stasi-Machenschaften und Helge Limburg, der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen.

In zwei zuvor gefaßten Beschlüssen betonen die SED-Opfer, daß die meisten Betroffenen hochbetagt sind und keine Zeit mehr hätten, um auf gut ausdiskutierte Lösungen zu warten. Daß gelte für einen notwendigen Fonds für Entschädigungs- bzw. Wiedergutmachungsleistungen zugunsten der ehemaligen Zwangsarbeiter aus den Zuchthäusern der früheren DDR. Bisher waren nur die Firma IKEA und die Deutsche Bahn AG bereit, sich an diesem Fond zu beteiligen.

Kritik gab es auch am niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius. Er schmückte sich damit, daß Niedersachsen das einzige westdeutsche Bundesland mit einer eigenen SED-Opferberatungsstelle sei. Die entsprechende Bezeichnung findet man allerdings nicht im Organigramm des Ministeriums. Auch im Internet sollte man die Beratungsstelle finden. 🚩



(v.l.) Hartmut Büttner (Opfernnetzwerk) und Roland Jahn (Bundesbeauftragter), nur fürs Foto ohne Masken.

Neue Forschungsergebnisse zu Arno Esch online

(jp) Das Historische Institut der Universität Rostock veröffentlicht auf der Internetseite der Uni die Ergebnisse neuer Forschungen zu Arno Esch. Dr. Fred Mrotzek, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der „Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland“ am Historischen Institut der Universität Rostock, hat sowjetische Geheimdienst Dokumente zum „Fall Arno Esch“, die vor einigen Jahren in den Archiven des BStU aufgefunden wurden, erschlossen und stellt die Ergebnisse nunmehr in einer Online-Edition vor.

„Der Student Arno Esch besitzt für die Universität Rostock eine große identitätsstiftende Bedeutung und wurde nach 1990 zum Symbol ihres demokratischen Erneuerungsprozesses“, so Mrotzek. Esch hatte sich aktiv gegen die neue Diktatur und die SED gestellt und wurde kurz nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 von der sowjetischen Staatsicherheit verhaftet. Seine Hinrichtung am 24. Juli 1951 in Moskau jährt sich im nächsten Jahr zum 70. Mal.

Die beim BStU gefundenen Kopien sowjetischer Akten wurden an der Forschungsstelle übersetzt, digitalisiert und bearbeitet. Ein erster Teil der Forschungsergebnisse ist ab sofort online zugänglich. Die Veröffentlichung dokumentiert die letzten Lebensmonate von Arno Esch. Die Edition beginnt mit der

Verhaftung am 18. Oktober 1949, seiner Überführung in das NKWD-Gefängnis am Schweriner Demmlerplatz und den dortigen Verhören bis zum 28. April 1950. Bis Mitte Dezember 2020 werden auch die Unterlagen des zeitgleich verhafteten Friedrich-Franz Wiese digital bereitgestellt. Am 6. Februar 2021, dem 93. Geburtstag Eschs, sollen die „Beweismittel“, die man bei der Durchsichtung seiner Wohnung beschlagnahmte, veröffentlicht werden.

Arno Esch wurde in einem Prozeß vom 18. bis 20. Juli 1950 in Schwerin zum Tode verurteilt.

Danach überstellte man ihn nach Moskau. Dort mußte er nach der Revision des Urteils eine zweite Verhandlung über sich ergehen lassen. An deren Ende, am 26. Mai 1951, erging abermals die Todesstrafe. Der 70. Jahrestag des zweiten Prozesses gegen Esch bildet 2021 den Anlaß, die einschlägigen Prozeßakten online zu stellen. Die Edition endet am 24. Juli 2021, dem Tag der Hinrichtung. Aus diesem Anlaß soll abschließend die Nachgeschichte zum „Fall Arno Esch“ dokumentiert werden.

Die russischsprachigen Faksimiles und deren deutsche Übersetzungen sind erstmals abrufbar unter: www.dokumentationsstelle.uni-rostock.de/publikationen/online-edition-arno-esch/online-edition-arno-esch.

Suchanzeigen

Zeitzeugen gesucht

Wir suchen Zeitzeugen, Unterlagen und Gegenstände zur Geschichte der Stasi-Untersuchungshaft in Potsdam. Drei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR forscht die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße nach Antworten auf solche Fragen: Wie viele politische Häftlinge hat es gegeben? Warum kamen Frauen und Männer in politische Haft? Wie sah die Haft konkret aus?

Das Forschungsprojekt ist Teil des interdisziplinären Forschungsverbundes „Landschaften der Verfolgung“ und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Helfen Sie uns, den Stasi-Akten nicht das letzte Wort zu überlassen!

Ansprechpartner in der Stiftung ist: Sebastian Stude, E-Mail stude@gedenkstaette-lindenstrasse.de, Tel. (03 31) 289 6110

Wer erinnert sich?

Mein Großvater Georg Friedrich Günther (geb. 09.11.1887 in Schönau/Chemnitz, gest. am 11. oder 13.07.1947 im NKWD-Speziellager Mühlberg/Elbe) wurde am 16. September 1945 durch die OG NKVD Dresden verhaftet und am 1. Dezember 1945 von Dresden in das Speziallager Mühlberg transportiert. Es ist zwar unwahrscheinlich, daß sich noch irgend jemand an meinen Großvater erinnert. Falls doch, würde ich mich über eine Kontaktaufnahme sehr freuen. Angelika Beyreuther, Wiesbadener Str. 7, 65329 Hohenstein, E-Mail a-beyreuther@gmx.de

UOKG übergibt Edeltraud-Eckert-CD

(cs) Die UOKG hat die CD „Edeltraud Eckert. Lieder in politischer Haft“ an das Archiv unterdrückter Literatur in der DDR übergeben, wo bereits der literarische Nachlaß von Edeltraud Eckert aufbewahrt wird, die an den Folgen eines während

der Haftzwangsarbeit erlittenen Unfalls verstarb. Ihr kompositorisches Erbe, das bisher nicht mehr zugänglich war, wird nun im Archiv unterdrückter Literatur in der DDR in Form der CD der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Die 2000 erschienene CD mit den Kompositionen Edeltraud Eckerts war nicht mehr im Handel erhältlich und auch in Bibliotheken und Archiven nicht vorhanden. Die UOKG setzte sich daraufhin mit dem Besitzer von Zett-Records, dem Herausgeber der CD, in Verbindung und erhielt ein Exemplar der CD, das nun zum Bestand des Archivs unterdrückter Literatur in der DDR gehört.

Da lacht der Klassenfeind

„Er ist sehr gesprächig und er berichtet lebhaft und ausführlich über einige Vorkommnisse... Wenn er berichtet, muß man aufpassen, daß man dabei auch noch zu Wort kommt.“ (Führungsoffizier über IM)

MfS, AIM 3766/82, Bl. 15

Isolation überwinden

Eine ehemalige Hoheneckerin sucht Kontaktaufnahme zu einer, die ebenfalls in Hohneck war und die furchtbare Zeit überstanden hat und in Freiburg oder Umgebung oder auch in Waldshut-Tiengen wohnt. Auch kann es eine männliche Person sein, die im Gefängnis war.

Die Adressatin sucht Kontakt, weil sie im Freiburger Raum so isoliert ist.

Über eine E-Mail würde sie sich riesig freuen. E-Mail: hayn.ingrid@gmx.de

Stellungnahme

der Antragsteller nach Genehmigung der Gedenktafel durch den Zeitzer Stadtrat

Wir sechs Antragsteller danken dem Zeitzer Oberbürgermeister und dem Stadtrat dafür, daß sie am 8. Oktober 2020 die Gedenktafel am Altmarkt beschlossen haben und auf diese Weise im Namen der Stadt das Leid der Opfer des SED-Regimes in Zeitz und Umgebung in sichtbarer Weise anerkennen. Es ist mit Sicherheit der richtige Schritt.


Leider sind manche der Opfer und der betroffenen Angehörigen in den vergan-

genen Jahren verstorben und können die Anerkennung ihres Leides in ihrer Heimatstadt nicht mehr miterleben. Doch gibt es in Zeitz und dem Kreis Zeitz noch immer zahllose Opfer des SED-Regimes und betroffene Angehörige, die diese Würdigung verdienen. Viele Betroffene haben die Zeitzer Region verlassen und wohnen heute in anderen Gegenden Deutschlands.

Die Forderung nach einer entsprechenden Gedenkschrift am Altmarkt gibt es seit

nunmehr 28 Jahren! Wir Antragsteller empfinden den heutigen Stadtratsbeschluß als die langersehnte, vernünftige und empathievollende Wende. Die Anerkennung von offensichtlichen Tatsachen, auch wenn sie schmerzlich sind, wie in diesem Fall, ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß es mit Zeitz wieder aufwärts geht.

Wir danken den zahlreichen Menschen, die uns in den vergangenen Jahren bei unseren Bemühungen um die Gedenkschrift am Altmarkt unterstützt haben.

Dr. Konrad Elmer-Herzig, Günther Holluba, Peter Merseburger, Hans-Joachim Richter, Dr. Oskar und Henriette Schmidt 


Verdienstmedaille für Stefan Krikowski

(bpi)Der Protokollchef des Landes Berlin, Dr. Andreas Zimmer, hat am 11. November dieses Jahres Stefan Krikowski im Auftrag des Bundespräsidenten die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Stefan Krikowski setzt sich ehrenamtlich für den Zusammenhalt der ehemaligen politischen Gefangenen in den sowjetischen „Schweigelagern“ ein. Workuta im nördlichen Ural war eines der größten und unmenschlichsten Zwangsarbeiterlager für politisch Verfolgte und Kriegsgefangene in der Sowjetunion und Hauptzielort für

deutsche Gefangene in der Nachkriegszeit. Sein Vater war jahrelang als politischer Gefangener in der Sowjetunion inhaftiert.

Der Ausgezeichnete leistet seit vielen Jahren kontinuierliche Dokumentationsarbeit zur Erfassung der noch lebenden Zeitzeugen, die sich in ihrem letzten Lebensabschnitt befinden. Damit die Arbeit der Häftlingsgruppen und ihr Anliegen – Erzählen ihrer Lebensgeschichte und Kampf dem Vergessen – weiterverfolgt werden kann, bemüht er sich, auch Kinder und Enkel der ehemaligen politischen

Strafgefangenen, die sogenannte Folgegeneration, zu erreichen, zu aktivieren und für die gemeinsame Erinnerungsarbeit zu begeistern. Darüber hinaus bietet Herr Krikowski auch Schulen und anderen Bildungseinrichtungen seine Zusammenarbeit an und trägt bei Nachfrage selbst vor. Das Engagement von Herrn Krikowski, die Biographien der Opfer vor dem Vergessen zu bewahren, verdient die Auszeichnung mit der Verdienstmedaille.

Die Auszeichnung hat eine Vorgeschichte: Ursprünglich sollte Berlins Kultursenator Dr. Klaus Lederer, Partei Die Linke, die Verdienstmedaille überreichen. Dies hatte Krikowski abgelehnt. 

Lessingpreis an Ines Geipel verliehen Umgezogen

(lamv)Der Berliner Schriftstellerin Prof. Ines Geipel ist am 11. Oktober 2020 in Wolfenbüttel der Lessing-Preis für Kritik 2020 verliehen worden. Den Förderpreis, der durch die Preisträgerin zuerkannt wird, erhielten Margarita Maslyukova, Ekaterina Melnikova und Ekaterina Pavlenko von der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial.


Die Landesbeauftragte Anne Drescher gratulierte Ines Geipel:

„Daß Ines Geipel mit der Preisverleihung für ihren Einsatz bei der Aufarbeitung von Diktaturvergangenheit gewürdigt wird, freut mich sehr. Ines Geipel hat sich für geschädigte ehemalige DDR-Sportler, für die Aufklärung über das DDR-Staatsdoping und für unterdrückte DDR-Literatur engagiert. In ihrem literarischen Schaffen hat sich Ines Geipel berührend und tiefgründig mit Verletzungen und Defor-

mationen eines diktatorischen Systems auseinandergesetzt. Besonders freut mich auch die Vergabe des Förderpreises durch Ines Geipel an die drei jungen Historikerinnen von Memorial Rußland.“

In ihrer Laudatio betonte die Literaturkritikerin Dr. Insa Wilke:

„Im Werk von Ines Geipel geht es immer wieder um den Osten. Um das Erbe, das man nur ausschlagen kann, wenn man es kennt. Sie tritt dafür ein, endlich diese Perspektive des Ostens mitzudenken, auch ihre Extreme. Sie hat eindrucksvoll belegt, wie das in all den wichtigen Debatten um Vergangenheit, die in den 90er Jahren geführt wurden, nicht passiert ist.“

Der Lessing-Preis für Kritik wird von der Braunschweigischen Stiftung, der Lessing-Akademie Wolfenbüttel und der Stadt Wolfenbüttel vergeben. 

Die neue Adresse des DOH e.V. ab 9. November 2020 lautet:

Doping-Opfer-Hilfe e.V., Ruschestr. 103, Haus 1, Zimmer 703 und 704
10365 Berlin, Tel: (030) 80 49 33 12
Mail: info@no-doping.org

Wir freuen uns sehr, ausgehend von unserem Büroraum in der Neuen Grünstraße 38, nun zwei Räume beziehen zu können.

Dieses eröffnet uns u.a. die Möglichkeiten,

- unserer Selbsthilfegruppe mehr Raum zu bieten,
- Betroffene in einer entspannteren Atmosphäre zu beraten,
- Informationsveranstaltungen vor Ort durchzuführen,
- unseren Kooperationspartner, die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), am gleichen Standort kontaktieren zu können.

DOH e.V.

Erweiterung mit Fluchttunnel-Ausstellung


Der Berliner Mauerpark hat einen neuen Eingangsbereich. Der zweite Bauabschnitt der Erweiterung ist damit abgeschlossen und wurde am 9.11. eröffnet. An der Eberswalder Straße in Prenzlauer Berg gibt es jetzt einen neuen Vorplatz am Ende des Mauerparks.

Zu sehen sind dort auch Reste der ehemaligen Grenzanlage zwischen Ost- und West-Berlin. So wurden bei Bauarbeiten

unter anderem eine alte Fahrzeugsperre und der Eingang zu einem Fluchttunnel entdeckt. Der sogenannte Weinstein-Tunnel wurde 1963 unter einem Bahnschuppen gegraben, wurde aber entdeckt, bevor er West- und Ost-Berlin verbinden konnte. Beides ist jetzt zusammen mit einer Open-Air-Ausstellung zu sehen.

Im Juni war der erweiterte Mauerpark eröffnet worden. Auf knapp sieben

weiteren Hektar gibt es seitdem neue Spielplätze und Liegewiesen. Geplant wurde die Erweiterung bereits vor 25 Jahren von Landschaftsarchitekt Gustav Lange. Die landeseigene Grün Berlin GmbH war mit der Projektentwicklung beauftragt.

Die Kosten belaufen sich auf rund 14 Millionen Euro, die Bauarbeiten begannen im Juni 2016. 

Abschied

Detlef Stein

Wir trauern um unser Vorstandsmitglied Detlef Stein, das am 5. November 2020 verstorben ist.

Detlef Stein, geboren 1961, war Historiker, Verleger, Lichtenberger, Familienmensch und vor allem ein immer engagierter Bürger und Motor zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, ob in der DDR oder in der Bundesrepublik. 1990 gehörte er zu den Mitbegründern des Neuen Forums Berlin-Lichtenberg. Bald engagierte er sich am Runden Tisch Berlin. Als Kenner Osteuropas und der osteuropäischen Literaturszene gründete er 1990 für das Neue Forum das Fachforum OSTEUROPA. Daraus entwickelte sich 1998 das Osteuropazentrum Berlin e.V., das sich mit der gesellschaftspolitischen Transformation in den postkommunistischen Ländern Ost- und Südosteuropas auseinandersetzte. Nach einer Phase als Geschäftsführer der UOKG gewann er als Verlagsleiter der Anthea-Verlagsgruppe Profil. Seit 2015 engagierte er sich für den Weiterbestand der Aufarbeitungszeitschrift Horch und Guck und den Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar e.V.

Detlef war schon länger von einer schweren Krankheit getroffen. Mit bewundernswürdiger Energie hat er mit Hilfe seiner Ärzte jahrelang dagegen angekämpft. Wir alle haben mit ihm und seiner Familie gehofft und bis zum Schluß daran geglaubt, daß er es schafft. Die Kraft hat leider nicht ausgereicht.

Die vielfältigen Aktivitäten Detlef Steins, deren Kontinuität schwer zu wahren ist, hinterlassen eine Lücke, die kaum zu füllen ist. Unser Mitgefühl und unsere Unter-

stützung gelten all jenen, die damit derzeit befaßt sind, insbesondere seiner Familie, seiner Frau und den zwei Kindern. Wir bitten darum, sie zu unterstützen.

Für den Aufarbeitungsverein
Bürgerkomitee 15. Januar e.V.
Christian Booß

Günter Gerstmann

In Jena starb am 6. November im Alter von 87 Jahren der Germanist und Literaturkritiker Günter Gerstmann, geboren am 19. Juli 1933 in Weißstein bei Waldenburg in Niederschlesien. Wir lernten uns im Juni 1962 im Zuchthaus Torgau an der Elbe kennen. Er war wegen „staatsgefährdender Hetze“ zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden, ich als Mainzer Student zu „nur“ dreieinhalb. Später wurde sein Prozeß noch einmal aufgerollt und die Strafe auf zweieinhalb Jahre herabgesetzt. Wir waren damals dem „Techniker-Kommando“ zugeteilt worden und arbeiteten in einer Sonder Einheit von 60 Häftlingen bei der Transformationsberechnung für den VEB Carl Zeiss in Jena. Günter Gerstmann nannte mich in Torgau immer „Jörg, der Katenjunge“ (1957) nach dem Roman von Klaus Herrmann.

Allerdings arbeitete ich bei den Technikern nur zehn Tage. Dann ging ich mit einer Gruppe von Häftlingen, die alle nur noch weniger als drei Jahre Reststrafe hatten, nach Altenburg in die Braunkohle, von dort nach Leipzig und für die letzten beiden Jahre nach Waldheim. Nach der Entlassung suchte ich nach Günter Gerstmann. In der Zeitung „Neue Zeit“ der Ost-CDU standen gelegentlich Rezen-

sionen von ihm, aber nach Jena schreiben wollte ich nicht. Es wäre für ihn zu gefährlich gewesen. Also mußte ich warten, bis am 9. November 1989 die Mauer in Berlin gefallen war. Dann kam ein Brief von ihm nach Bonn, und er besuchte mich bei der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat“ in der Kaiserstraße, wo ich fast 18 Jahre als Chefredakteur arbeitete.

Günter Gerstmann kam nach der Vertreibung mit seinen Eltern nach Apolda in Thüringen und zog 1968 nach Jena. Er hat Germanistik und Geschichte studiert, auch in Greifswald bei Hans-Jürgen Gererdt. Seine Fachgebiete waren die Literatur Schlesiens und die Thüringens. Er hat seit 1990 in Bonn an der „Kulturpolitischen Korrespondenz“ mitgearbeitet, deren Chefredakteur ich war, und seit 1993 an den „Ostdeutschen Gedenktagen“ der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“.

Er hat zwei Bücher über den aus Mähren stammenden Dichter Hanns Cibulka (1920-2004) veröffentlicht: „Jedes Wort ein Flügelschlag“ (2005) und „Ich habe nichts als das Wort“ (2010), eins über Gerhart Hauptmann, „Entrückt ins Paradies“ (2012) zum 150. Geburtstag, und eins über den aus Schweidnitz in Schlesien stammenden Lyriker und Erzähler Armin Müller (1928-2005) „Abschied und Ankunft. Armin Müller zum 70. Geburtstag“ (2000). Außerdem hat er das Buch Gerhart Pohls über Gerhart Hauptmann, „Bin ich noch in meinem Haus?“ (2006), noch einmal herausgegeben. Alle diese Bücher hätten vor dem Mauerfall 1989 nicht erscheinen können. Die Trauerfeier für Günter Gerstmann fand in Jena am 19. November statt.

Jörg Bernhard Bilke

Erzählungen aus dem Gulag

Die sowjetische Lagerliteratur ist überschaubar. Die bekanntesten Autoren sind Alexander Solschenizyn und Warlam Schalamow. Dagegen erscheinen die Erzählungen aus dem Gulag von Sergej Maximow (1916–1967) „Taiga“ wie geistiges Neuland. Dabei gehören sie zu den ältesten und ersten. Der Mitteldeutsche Verlag stellt uns diesen bisher ungenutzten Schatz von 23 Erzählungen zum ersten Mal in deutscher Übersetzung vor. Die vorzügliche Übertragung verdanken wir Christine Hengevoß, die auch das kurze, abenteuerliche Leben des Autors würdigt.

Maximow, geboren als Sergej Paschin, in dem Dorf Tschernopenje am Oberlauf der Wolga, südlich von Kostroma, gerät als Student aus nichtigen Gründen in die Fänge des sowjetischen Geheimdienstes und für fünf Jahre in den Gulag. Das war 1936, grausam verhört in der Lubjanka und ausgeliefert in Außenlager der ASSR der Komi. Am Ende seiner Leidenszeit darf er nicht zurück nach Moskau. Er landet im 200 km von Moskau entfernten Kaluga, das von deutschen Truppen besetzt war. Auf Umwegen gelangt er im Krieg nach Deutschland.

„Im Oktober 1944“, schreibt Christine Hengevoß, „ging eine Sammlung von Erzählungen unter dem Titel ‚Roter Schnee‘ in Leipzig in den Druck. Die Druckerei

wurde jedoch bei einem Bombenangriff zerstört, das Manuskript vernichtet.“ 1949, inzwischen verheiratet, geht Maximow mit seiner Frau in die USA. Dort erscheint 1952 im russischsprachigen Tschechow-Verlag ein Teil der hier abgedruckten Erzählungen unter dem Titel „Taiga“. Das unstete, von sozialer Unsicherheit und Krankheiten geprägte Leben Maximows geht viel zu früh 1967 zu Ende.

Im Lager lernt er Entmenschlichung und gute Kameradschaft kennen. Er gehört zu den politischen Gefangenen; die kriminellen haben es leichter. „Euch Politischen geben sie auch längere Strafen als uns, und strengere“, sagt ein Zigeuner. Einige wenige Frauen, sehnsüchtig nach freiem Leben und Liebe, bleiben auf der Strecke. Kälte und Hunger sind die ständigen Begleiter. Die Arbeitsnormen sind kaum zu erfüllen. Das System funktioniert nur mit Konzentrationslagern. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil der neuen Gesellschaft. Ein Menschleben zählt nicht viel.

Die Flucht aus dem Lager ist nahezu aussichtslos. Und doch brechen sie zu fünf aus in Richtung Nordosten, zum Ural. Einer wird kurz nach der Flucht erschossen. Die übrigen vier flüchten weiter durch die Taiga. Die Schuhe haben sie mit Petroleum eingerieben und sind durch Flüsse und Bäche gewatet um Spuren für

Hunde zu verwischen. Schließlich haben sie 40 km geschafft. Die Flucht mißlingt. Es folgt die rigorose Gefangennahme.

„Man kann nicht ein ganzes Land einsperren, aber man kann ein ganzes Land in ein Gefängnis verwandeln.“ (S.91) Das hat Stalin getan. Sergej kann nun nicht mehr mit einer vorzeitigen Entlassung aus dem Lager rechnen. Seinen Job als Laienspieler hat er verloren. Er kehrt zurück an die Petschora und führt wie am Anfang die schwere Schubkarre. Beim Bau der Eisenbahnstrecke, die Ende der 1940er Jahre bis nach Workuta verlängert wurde, kamen mehrere Zehntausend Gulag-Häftlinge als Zwangsarbeiter zum Einsatz.

Der russisch-amerikanische Historiker Andrej Ljubimow hat in den letzten 20 Jahren den schriftlichen Nachlaß von Sergej Maximow betreut und biographische Aufsätze veröffentlicht. Vielleicht dürfen wir noch weitere literarische Arbeiten von Sergej Maximow erwarten.

Gerald Wiemers



.....
Sergej Maximow: *Taiga. Erzählungen aus dem Gulag*, Mitteldeutscher Verlag Halle/Saale 2020, 302 S., 20,- €
.....

Die Mauer der Schuld

Hannahs Verlies

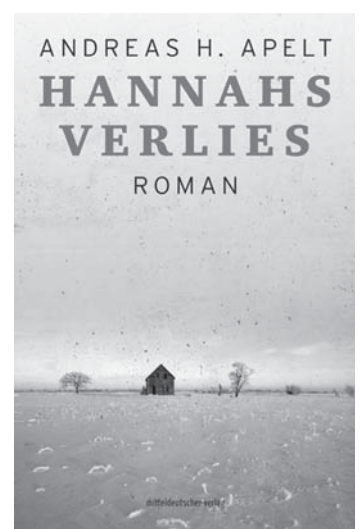
Andreas H. Apelt hat einen neuen Roman vorgelegt, in dem das vom sowjetischen Geheimdienst NKWD 1945 gegründete Speziallager Ketschendorf besonders hervorgehoben wird.

„Ich hätte sie nicht einmauern dürfen.“ Dieser Satz auf der Rückseite eines zerknitterten Fotos, das ein junges Mädchen zeigt, zieht sich von Anfang an als roter Faden durch den Roman. Im Winter 1945 erobert die Rote Armee Schlesien. Nachdem sie das kleine Dorf Sophienhof in der Nähe von Breslau erreicht hat, beginnt für die Zivilisten ein ebenso unvorstellbares wie maßloses Martyrium: Vergewaltigungen, willkürliche Erschießungen, Demütigungen und Deportationen nach Sibirien. Der 15jährige Helmuth Harder

faßt den folgenschweren Entschluß, seine jüngere Schwester Hannah zu beschützen, indem er sie im Keller einmauert. Er weiß sich keinen anderen Rat. Helmuth verspricht ihr, sie in drei Tagen, wenn die marodierenden Rotarmisten hoffentlich weitergezogen sind, zu befreien. Dazu jedoch kommt es nicht, er wird verraten und als Werwolf gefangengenommen. Von da an beginnt seine beispiellose Odyssee, die ihn erst einige Jahre nach Kriegsende in ein Niederlausitzer Dorf verschlagen sollte.

Andreas H. Apelt erzählt die Geschichte auf zwei Ebenen, die, beide gleichrangig, sich gegenseitig vorantreiben. Zum einen wird der Lebensweg Helmuth Harders anhand vorgefundener Aufzeichnungen

durch seinen Sohn und seine erblindete Tochter Lisa rekonstruiert. Den zweiten Erzählstrang bildet die Geschichte des Sohnes. Nach Helmuth Harders Tod kommt der Journalist bei einem Wochenblatt in Hamburg in das Dorf seiner Kindheit zurück, um die Beerdigung zu organisieren und den Haushalt aufzulösen. Der Leser erfährt, daß sein Verhältnis zum täglich betrunkenen Vater getrübt war, er aus politischen Gründen exmatrikuliert wurde und in den Westen ging. Seine Ehe ist gescheitert, zum ersten Mal seit der Ausreise sieht er seine



.....
Andreas H. Apelt: *„Hannahs Verlies“*, Mitteldeutscher Verlag, Halle 2020, 478 S., 20,- €
.....



im Blindenheim lebende Schwester sowie sein verfallendes Vaterhaus wieder, den Keller, in den sich sein Vater einschloß. Allmählich erkennen beide die Gründe für das befremdliche Verhalten des Vaters, der so viel Leid erfahren hat, daß es ein einzelner Mensch kaum ertragen kann, ohne zu zerbrechen. Was ihm die Kraft gibt durchzuhalten, ist der Wille, sein Versprechen einzulösen, Hannah aus dem Verlies zu befreien, in das er sie gebracht hat, obwohl, je mehr Zeit vergeht, die Wahrscheinlichkeit sinkt, sie lebendig anzutreffen.

Andreas H. Apelt läßt Harder die äußere Hölle durchlaufen, während er die innere mit sich trägt. In aller Drastik werden die Greuel des Krieges, die Skrupellosigkeit der NS-Führer, die Vergeltung der Sieger geschildert. Besonders eindringlich geraten die Berichte über das berüchtigte Speziallager in Ketschendorf bei Fürstenwalde, in das Harder verschleppt wird. Die Gefangenen werden unter Bedingungen untergebracht, die unweigerlich ihren Tod bedeuten. Zeitweise werden bis 18 000 deutsche Zivilisten ohne gerichtliches Urteil interniert, darunter mehr

als 1600 Jugendliche, die als Werwolf denunziert wurden. Insgesamt sterben in kurzer Zeit über 4600 Menschen.

Fünf Jahre verbringt Harder in einem Lager in Sibirien, wo ihm nichts erspart bleibt. Als Mitglied eines Kommandos, das jeden Morgen die Leichen aus den Unterküften einsammelt, muß er eines Tages seinen Vater beerdigen, der an Entkräftung zugrunde gegangen ist. Trost findet er bei der Liebe zu einer Frau, deportiert wie er, zu der er lediglich Blickkontakt hat. Sie aber stirbt an Typhus, was ihm der Lagerarzt verschweigt, ihm dagegen erzählt, sie sei entlassen worden, um seine Hoffnung am Leben zu erhalten. Noch lange nach dem Krieg, nachdem er nicht mehr in seine Heimat, sondern in die Sowjetische Besatzungszone gelangt, ist er vor Verfolgung nicht sicher, wenn er die Wahrheit über die Lager verbreitet. Die Ungewißheit über Hannahs Schicksal, seine Schuld an ihrem wahrscheinlichen Tod läßt ihn am Leben verzweifeln und zum Alkoholiker werden.

Helmuths Sohn gerät in diesen Tagen zusehends aus der Bahn, seine Arbeit in

der Redaktion wird ihm gleichgültig, nicht nur, daß er seinen Vater neu entdeckt, er wird ebenso mit Lisas Wunsch konfrontiert, mit ihm zurück ins einst gemeinsame Haus ziehen zu wollen.

Der 1958 in Luckenwalde geborene Schriftsteller und Publizist veröffentlichte zahlreiche Bücher, zuletzt den erfolgreichen Roman „Pappelallee“ und Sachbücher zur NS-Geschichte und SED-Diktatur. Mit „Hannahs Verlies“ hat er einen sowohl fulminanten als auch sehr emotionalen Antikriegsroman geschrieben, der den Leser von der ersten Zeile an zu fesseln vermag, bis er am Schluß mit Helmuth Harder erfährt, was es mit der Mauer im Keller auf sich hat. Seine Reise in die Vergangenheit, ins heute polnische Schlesien, stellt zweifellos einen der Höhepunkte dieses Romans dar, er zeigt exemplarisch das erzählerische Können dieses Schriftstellers. Die Nachkriegsgenerationen wissen über die tatsächlichen Zusammenhänge immer weniger; diese in aller Deutlichkeit dargestellt zu haben, ist gewiß zugleich ein Verdienst jenes ungewöhnlichen Romans.

Michael G. Fritz

Totale Abschirmung

Über die Kim Dynastie gibt es sehr viele Artikel, einige Bücher und sogar Filme, doch wenig wissenschaftlich gesichertes Wissen. Nun versucht eine ehemalige führende Mitarbeiterin der CIA, die promovierte Historikerin Jung H. Pak, das Leben des Diktators Kim Jong-Un zu beleuchten.

Es ist eine wirkliche Fleißarbeit, doch trotzdem bleiben viele Fragen unbeantwortet.

Die totale Abschirmung dieses „Juche-Systems“ und vor allem der Kim-Familie, ist so perfekt, daß selbst der CIA nicht bekannt ist, ob Kim mit seiner Ehefrau Ri Sol-ju wirklich drei Kinder hat und wie zwei davon heißen. Eine Tochter soll 2013 geboren sein und Kim Ju-ae heißen.

Damit wäre der Fortbestand der Kim-Diktatur gesichert. Ob aber eine Frau diese Nachfolge antreten dürfte, steht

in den „sozialistischen Sternen“ und ist eines der vielen Geheimnisse Kims.

Inzwischen ist Kim Jong-Un, der 1984 als Sohn von Kim Jong-Il und seiner dritten Ehefrau Ko Yong-hi, geboren wurde, seit 2011 an der Macht, nach dem frühen Tod seines Vaters. Er wurde sehr verwöhnt und hat, im Gegensatz zu seinem Vater und dem Großvater (Kim Il-Sung), eine sehr behütete Kindheit im Luxus erlebt.

Obwohl es nach seiner Amtsübernahme bei einigen politischen Beobachtern Hoffnungen gab, er könnte das verhärtete sozialistische System Nordkoreas reformieren, begann er gleich mit großer Härte zu regieren. Seinen Onkel, Jang Song-theak, ließ er brutal mit Flakgeschützen ermorden und auch das Attentat auf seinen Halbbruder, Kim Jong-Nam, der mit Frau und Kindern in Macao im Exil lebte, geht wohl sicher – staatsicher – auf sein Konto.

Zwei Frauen schmierten Kim Jong-Nam auf dem Flughafen von Kuala-Lumpur spektakulär den Nervenkampfstoff (Violaxanthin=VX) ins Gesicht, während alles von den Flughafen-Kameras in

Kuala-Lumpur gefilmt wurde. Trotzdem konnten beide Frauen später glaubhaft nachweisen, nicht gewußt zu haben, daß es um ein Attentat ging. Nach längerer Untersuchungshaft konnten Sie Malaysia verlassen.

Viele solcher Verbrechen gab es seit Gründung Nordkoreas, und Kim Jong-Un setzt diese unselige Tradition fort, wie die Autorin an vielen Beispielen beweist. Sie erzählt zahlreiche Einzelheiten sehr spannend, ist aber auch immer wieder auf Mutmaßungen angewiesen. Bei all den Fakten, die seit Jahren bekannt sind, ist es erschütternd, daß trotzdem immer wieder Menschen auf die Propaganda Nordkoreas hereinfließen.

In 15 Kapiteln wird der Weg des Diktators beschrieben, bis hin zu seinen Treffen mit dem USA-Präsidenten Trump. Die Autorin kritisiert, daß diese Treffen nicht nur schlecht vorbereitet wurden, sondern auch keine wirklich greifbaren Ergebnisse brachten. Leider wurde der Fall „Otto Warmbier“ im Buch nicht ausführlich behandelt. Trotzdem ist es sehr lesens- und empfehlenswert. Es ist versehen mit ausführlichen Anmerkungen, Literaturhinweisen und einem Register.

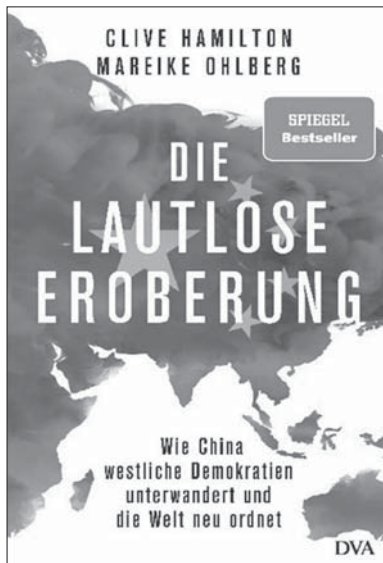
Anton Odenthal



Jung H. Pak: Kim Jong-un. Eine CIA-Analystin über sein Leben, seine Ziele, seine Politik, Dumont Buchverlag Köln 2020, 416 S., 24,00 €

Lautlose Eroberung

Als im Kölner Dom 2017 ein chinesisches Jugendorchester die Menschen mit klassischer Musik erfreute, starb fast zeitgleich der Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo qualvoll in politischer Haft der Diktatur der Kommunistischen Partei Chinas. Was wohl kaum einer der Gäste im Kölner Dom ahnte, sie hörten gerade einem Orchester aus dem Konzern „Poly



.....
Clive Hamilton/Mareike Ohlberg: Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet, DVA, München 2020, 495 S., 26,00 €

Culture“ zu, welcher zum Komplex der „Volksbefreiungsarmee“ der Volksrepublik China gehörte und vernetzt ist mit „Poly Technologies“.

Dieses Unternehmen ist in den USA wegen Waffenhandel mit dem Iran, Nordkorea und Syrien mit Sanktionen belegt. Solche Erkenntnisse stammen nicht aus dem Reich von „Verschwörungstheorien“ oder „Fake News“, sie sind wissenschaftlich belegt und wurden nach jahrelanger Arbeit von Professor Clive Hamilton (Lehrauftrag Universität Canberra/Australien) und Dr. Mareike Ohlberg (Promotion Universität Heidelberg/Columbia Universität/USA) veröffentlicht. Allerdings gab es bei Fertigstellung des Buches in Australien ein Problem, weil bei vielen Verlagen die Angst vor Repressionen der Kommunistischen Partei Chinas herrschte, die auch dort ein dichtes Netz von „Vorfeldorganisationen“ aufgebaut hat. Deshalb ist es besonders dankenswert, daß die Deutsche

Verlagsanstalt dieses Buch sofort nach Erscheinen auch ins Deutsche übersetzen ließ und herausbrachte.

Inzwischen gibt es auch in Deutschland eine Vielzahl von Propagandaunternehmen dieser Partei. Neben den Konfuzius Instituten, die direkt aus dem Politbüro der KPCh über HANBAN gesteuert werden, was man inzwischen auch in deutschen Verfassungsschutzberichten nachlesen kann, ließ die Propagandaabteilung der KPCh über ihre „China International Publishing Group“ in Rödermark/Hessen ein Vertriebszentrum für „sozialistisch-kommunistische Literatur“ eröffnen.

Ihr gelang es, bei der Bücherkette „Thalia“ große Mengen von Parteiliteratur zu plazieren, darunter auch Werke von Diktator Xi Jinping. Damit tappt Thalia in die Falle „faux objectivity“ der falschen Ausgeglichenheit und ermöglicht der KP Chinas Propaganda, Geschichtsfälschung und Lügen auch in Deutschland zu verbreiten.

In dem hier besprochenen Buch gibt es massenhaft Beispiele, wie die westliche Öffentlichkeit durch solche und ähnliche Aktionen unterwandert wird. Dabei schrecken „Die Organe“ der Volksrepublik China, in der es keine Trennung zwischen staatlichen und Parteiorganen gibt, auch nicht vor Methoden zurück, die vom MfS der DDR genutzt wurden, wie z.B. „Honigfallen“. Dabei werden Frauen zur Prostitution genötigt, um vor allem westliche Politiker und Wirtschaftsbesitzer zu korrumpieren.

Auch große Geldsummen werden eingesetzt, um vor allem Politiker zu bestechen, die dann erstaunlich positiv über die Volksrepublik China berichten. So mußte die kanadische Regierung ihren Botschafter in Peking entlassen, weil er die politischen Positionen der KPCh vertrat und nicht mehr die seiner Regierung. Zuckerbrot und Peitsche, bis hin zum Mord, werden vom chinesischen Staatssicherheitsdienst genutzt. In 13 großen Kapiteln, die sehr übersichtlich angeordnet sind, werden alle Bereiche der „lautlosen Eroberung“ ausführlich dokumentiert.

Zur Verdeutlichung der verschachtelten Organisationsstrukturen der KP Chinas

Danke!

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft dankt ganz herzlich allen, die 2020 für den Dachverband gespendet haben.

Der Vorstand

gibt es auf den Innenseiten des Buches ein Organigramm und einen sehr guten Anhang, mit ausführlichen Fußnoten. Obwohl das Buch von zwei Wissenschaftlern geschrieben wurde, ist es außerordentlich verständlich und hochspannend. Wer wirklich wissen möchte, in welche Gefahren wir kommen, wenn diese aggressive Invasion nicht gestoppt wird, sollte dieses Buch unbedingt lesen.

Es ist, aus meiner Sicht, eines der besten und wichtigsten Bücher zur „Volksrepublik“ China der letzten Jahre, ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk und sollte Pflichtliteratur für alle werden, die im Bildungsbereich tätig sind.

Alexander W. Bauersfeld

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Januar und Februar Geburtstag haben

Dr. Egon Weber am 5. Januar, Edith Protze am 12. Januar, Jörg Strauß am 17. Januar, Heinz Scholz am 27. Januar, Norbert Lipski, Eugen Mühlfeit, Hartmut Richter am 29. Januar, Michael Kalkstein am 30. Januar, Erna Müller, Hubert Polus am 2. Februar, >>>

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
 Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
 Mo, Di, Mi, 14–16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr, Cornelia Kurtz
 (Thema DDR-Zwangsadoption)
 Mo–Fr, 10–12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 15 28 58
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di, 12–18 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Josef Seemann am 3. Februar, Heinrich Labuhn am 7. Februar, Kasimir Tomaske am 9. Februar, Horst Epp am 10. Februar, Emil Hanisch am 12. Februar, Hans Schulze am 13. Februar, Norbert Kusenack am 22. Februar, Helmut Schneider am 24. Februar
Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Helmuth Astler, Joachim Bauer, Uwe Behne, Barbara Berger, Dr. Wilfried Boelke, Gerold von Busse, Erna Carbow, Dr. Michael Dosch, Ulrich u. Gisela Egerer, Ralf Georgi, Alexander Grow, Stephan Martin Hilsberg, Hans-Jürgen Hüßler, Ulf Hutengs, Reinhold u. Hermine Irimi, Rainer Jahn, Otto Klingbiel, Christa Kossatz, Detlef Krastel, Frank Kühnast, Jobst Kühne, Erich Lienhart, Horst Lindemuth, Johannes S. Lindner, Angelika Maedicke, Barbara u. Carsten Müller, Dr. Jens Nielsen, Horst u. Sieglinde Opitz, Manuela Polaszcyk, Bernhard Röger, Dieter Rook, Dr. Franz-Viktor Salomon-vom Stein, Rita Schiller, Siegbert Schmolke, Kurt F. Scholz, Günter Sickora, Dr. Lutz V. Wedekind, Michael Wühle, Dr. Ursula Zimmermann, Wolfgang Zimmermann, Dr. Hartmut Zwahr, Dorothea Zweynert

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Der aufrechte Gang ist keine anthropologische Verirrung und Würde nicht nur ein Konjunktiv.

Felix Fest

BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 15 28 58 **neu!**
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE3333

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 17. November 2020

